

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtauschrift
Tageblatt Riesa.
Fernseh Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Poststedtort:
Dresden 1850.
Girokarte:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtskommissariate beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliches bestimmt Blatt.

Nr. 32.

Dienstag, 7. Februar 1933, abends.

86. Jähra.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einschließlich Postgebühr (ohne Aufstellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsssteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Vermehrung für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift, Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische 50%, Aut. Uml. Fest. Tafel. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Bezahlungsort: Riesa. Nicht die Unterhaltungsbetriebe „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranlagen oder der Verförderungsseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Redaktionsbüro und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Preußischer Landtag aufgelöst.

Regierung Braun ruft den Staatsgerichtshof an.

* Berlin. Der Dreikästen-Hausausschuss hat am Montag abend nach zweistündiger Sitzung in der durch die Verordnung des Reichspräsidenten gegebenen neuen Zusammensetzung mit den Stimmen des Reichskommissars von Papen und des Landtagspräsidenten Kerrl die Auflösung des Preußischen Landtages zum 4. März beschlossen. Der Präsident des Staatsrates Dr. Adenauer beteiligte sich an der Abstimmung nicht, mit der Begründung, dass er die Verordnung des Reichspräsidenten für verfassungswidrig hielte.

Die Erklärung Dr. Adenauers.

* Berlin. Der Präsident des Preußischen Staatsrates Dr. Adenauer, gab, wie er mitteilt, am Montag in der Sitzung des Dreier-Ausschusses, in der die Auflösung des Landtages beschlossen wurde, folgende Erklärung ab:

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar widerspricht dem Artikel 17 der Reichsverfassung und dem vom Staatsgerichtshof in dem Urteil vom 25. Oktober 1922 daran geangrenzen Folgerungen. Ich bin daher nicht in der Lage anzuerkennen, dass der Reichskommissar von Papen das nach Artikel 14 der Preußischen Verfassung dem Ministerpräsidenten zustehende Recht ausüben besagt ist. Ich lehne es daher ab, an der Abstimmung teilzunehmen und verzweife in letzlicher Hinsicht auf meine Erklärung vom 4. Februar.

Ständiger Landtags-Ausschuss über Neuwahlstermin.

v.d. Berlin. Landtagspräsident Kerrl hat den Ständigen Ausschuss des Preuß. Landtages für heute Dienstag 8 Uhr abends zu einer Sitzung einberufen, um dem Ausschuss Gelegenheit zu geben, zum Zeitpunkt der Neuwahl des Landtags eine Stellung zu nehmen. Nach dem preußischen Landeswahlgesetz wird der Tag der Neuwahl im Einvernehmen mit dem Ständigen Ausschuss bestimmt. Das kommissarische Staatsministerium wird dem Ausschuss als Termin den 5. März vorstellen. Sollte die Mehrheit des Ausschusses, was nach Abstimmung des Auflösungs-Antrages im Landtag wahrscheinlich ist, dem Vorwurf des Staatsministeriums nicht zustimmen, so rechnet man damit, dass die kommissarische Regierung den Wahltermin auf den 5. März durch eine auf der Dietrichszeller Notverordnung des Reichspräsidenten beruhende Verfügung festlegen wird.

Nach der Landtagsauflösung.

* Berlin. Die politische Situation in Preußen wird am Montag abend etwa folgendermaßen beurteilt: Die zuständigen Stellen haben durch die Entwicklung vom Montag gezeigt, dass sie mit aller Energie im Rahmen der vorhandenen Rechts- und Verfassungsmöglichkeiten streben, in Preußen wieder zu geordneten Zuständen zu gelangen, damit die schweren Schäden, die sich in den letzten Monaten gezeigt haben, beseitigt werden. Nachdem dies nach Mittag die Verordnung des Reichspräsidenten erledigen war, was die Entscheidung praktisch bereits gefallen und die eigentliche Auflösung, die am Abend erfolgte, wurde zu einer mehr formalen Angelegenheit. Das alte preußische Staatsministerium wird nun an den Staatsgerichtshof gehen. Es ist aber angebracht der Schwierigkeit der Maßnahmen und noch den Erfahrungen aus der zweiten Hälfte des vor. Jahres kaum anzunehmen, dass das Urteil des Staatsgerichtshofes sehr schnell erfolgen kann. In unternommenen Kreisen erklärt man auch, dass ein Zweist. von der Verfassungs- und Rechtmäßigkeit der beurteilten Verordnung gar nicht gegeben sei. Die Begründung, die der Verordnung des Reichspräsidenten beigegeben wurde, hat denn auch in politischen Kreisen eine sehr gute und zustimmende Beurteilung gefunden.

Was nun den Termin der Neuwahl anlangt, so wird sich am Dienstag nachmittag der interfraktionelle Ausschuss des preußischen Landtages mit dieser Frage beschäftigen; seine Auflösung kommt aber nur ausdrücklicher Oberhaupt zu. Ebenso wie im Reich wird der Wahltermin auch in Preußen von der Regierung festgelegt. Damit bleibt es bei gleichzeitigen Wahlen zum Reichstag und zum preußischen Landtag am 5. März. Aus dieser verfassungrechtlichen Lage ergibt sich, dass auch nicht einmal, wie manche Kreise erwarten, die Dietrichzeller Notverordnung herangezogen zu werden braucht, obgleich auch starke Spargründe für die Gleichzeitigkeit wünschen. Besonders lebhaft beschäftigt man sich mit der heutigen Entwicklung in Preußen naturgemäß in Kreisen der Vätervertreter in Berlin.奈然lich bei einigen länderdeutschen Ländern ist das grundhafte Interesse an der heutigen Verordnung und der Auflösung des preußischen Landtages recht rege. In diesen Kreisen hält man es für möglich, dass es auch von Vätervertretern her wieder zu einer Klage beim Staatsgerichtshof kommt. Die Entscheidung über derartige Schritte liegt aber nicht in Berlin, sondern bei den Väterregierungen, die die gegebene Lage sicher erst mit aller Sorgfalt prüfen werden.

v.d. Berlin. Neben die Auflösung des Preußischen Staatsministeriums zu der neuen Verordnung des Reichspräsidenten wird mitgeteilt: Die preußischen Staatsminister erhalten schärfsten Widerspruch gegen die Beschuldigung, das Land Preußen habe seine Pflichten gegenüber dem Reich verletzt habe. Die amtliche Begründung der Reichsregierung zu der Verordnung sieht das angebliche Verhüten eines Mehreheits-Regierung gebildet und sich nicht aufgelöst habe und dass der Ministerpräsident dann mitgewirkt habe, dass die Auflösung unterblieb. Demgegenüber wird zunächst folgendes festgestellt: Die Bildung einer Mehrheits-Regierung durch die NSDAP und das Zentrum scheiterte daran, dass die Reichsregierung ihrerseits keine verpflichtende Zusicherung abgab, dass sie nach Bildung dieser Regierung den für Preußen eingesetzten Reichskommissar zurückzuziehen werde. Zur vorzeitigen Auflösung eines Landtages besteht im übrigen keinerlei rechtliche Pflicht, gleichzeitig dem eine Pflicht gegenüber dem Reich. Die Reichsregierung hatte nicht einmal eine Auflösungsurkunde ausgestellt gegen die preußische Regierung gerichtet. Es lag lediglich der Wunsch der NSDAP und der des Landtagspräsidenten Kerrl vor, für die Nichtauflösung des Landtages im jetzigen Zeitpunkt

war wesentlich, dass in der augenblicklichen unruhigen Zeit nicht beide Parlamente in der Reichshauptstadt gleichzeitig vollständig ausgeschaltet werden können. Wenn die Reichsregierung ferner hervorhebt, dass die Preußische Regierung sich zu ihrer Information der preußischen Älten und Beamten beobachtet habe, so ist dazu festzustellen, dass dies der preußischen Regierung durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November 1922 vorgeschrieben worden ist. Dort heißt es ausdrücklich in Nummer 10, dass den Ministern, die mit der Bearbeitung der ihnen verbliebenen Aufgaben betrauten Ministerialbeamten zum Vortrag zur Verfügung zu stellen und Älten vorzulegen sind. Hierzu haben die Staatsminister sparsamen Gebrauch gemacht. Wenn die jüngsten Zustände unbedingt sind, so beruht das auf der Einschätzung und Ausgestaltung des Reichskommissariats und der wenig entschlossenen Ausführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes durch den Reichskommissar, die in vielen Punkten dem Sinn der Entscheidung widersprechen. Die neue Verordnung verläuft vielmehr gegen die Reichsverfassung und gegen die Grundätze der Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Die preußische Staatsregierung wird unverzüglich die Entscheidung des Staatsgerichtshofs anstreben.

Landbund-Appell an Hitler zur Siedlungsfrage.

v.d. Berlin. Der Reichslandbund veranstaltete einen Reichsbundertag, auf dem Graf von Kalckreuth sich über die agrarpolitischen Probleme im Zusammenhang mit der Siedlungsfrage äußerte. Im Anschluss an weitere Ausführungen des Leiters der Siedlungsbeteiligung des Reichslandbundes, Regierungsrat a. D. Dr. Wenzel, nahm der Reichsfeldertag einstimmig eine

Entschließung

an, die in der Form eines Schreibens des geschäftsführenden Landtagspräsidenten Grafen von Kalckreuth und des Vorsitzenden des Siedlungsausschusses des Landbundes, Präsident Lind an den Reichslandrat und den Reichsnährungsminister gerichtet wurde.

In diesem Schreiben heißt es, dass die Vertreter von Tausenden deutscher bäuerlicher Siedler aus nahezu allen Siedlergemeinden sich in ihrer Art unmittelbar an die neue Reichsregierung wenden. Die übergroße Mehrzahl der aus nationalpolitischen Gründen angelegten Siedler sei zu Bedingungen angelendet, die völlig untragbar seien. Im Zusammenhang mit der verhängnisvollen Preisfallatrophie auf dem Gebiete der bäuerlichen Verarbeitungswirtschaft habe sich eine ungeheure Übersteuerung der Siedlerstellen, häufig auch infolge übergrößer unkontrollierter Gewinne der Siedlungsgesellschaften, ergeben. Bereits, die zum produktiven Ausbau der neuen Siedlen erforderlich seien, wären je nach Fall überhaupt nicht, oder allenfalls bis zu einem Jahre gegeben, während ähnlich der Große seinen Siedlern bis zu neun Kreijahren bewilligte. Die in den vergangenen Jahren festgestellten Preise der Siedlungen umfanden bis zu 900 und 700 M. und noch mehr für den Morgen, obwohl die früheren Gehälter das Land zu einem Bruchteil dieser Preise hätten abgeben müssen.

Alle im Reichslandbund zusammengeschlossenen Siedler, d. h. die weltweit größte Mehrzahl aller bäuerlichen

Siedler Deutschlands, versicherten, dass sie gewillt seien, die Rente zu zahlen, die aus der Stelle von einem ordentlichen Siedler gezahlt werden können. Es aber stellten die Renten das Doppelte und mehr der Leistungsfähigkeit dar, über amazia, ja über dreißig M. je Morgen, selbst bei leichtem Boden. Deshalb hätten die Siedler, doch schließlich eine Nachprüfung der Kapitals und Rentenbelastung unter Anziehung von Beratungsräten der Siedler angeordnet werden mit dem Ziel, Kapitallast und Rente auf das der nachhaltigen Ertragfähigkeit der Siedeln entsprechende Maß herabzulegen. Dabei müssten auch die besonderen Verhältnisse der aus Roßgauwanderungen angelegten Siedler und der aus dem Osten vertriebenen Flüchtlingsiedler berücksichtigt werden. Schon seien Rententrückstände bis zu zwei und mehr Jahren in Tausenden von Siedlungen aufgelaufen, oder es seien unter bedrohlichem Zwang Schulden gemacht worden. Unablässig würden die Siedler mit Zwangsmaßnahmen bedroht, gegen die sie um Schutz hätten. Aufgrund dieser Verhältnisse seien die Siedler in untragbare Personalschulden geraten, deren Regelung ähnlich wie bei der Ostbahn zur Rettung der Existenz der Siedler notwendig sei. Die Siedler beklagten sich zu dem großen nationalen Gedanken der deutschen Bauernsiedlung. Aber dieses nationale Werk sei gefährdet, wenn man die vielen Tausende der bisher angelegten Siedler hilflos verlässt. Die bisherigen Regierungen hätten kein Verständnis für die Lage gezeigt und lediglich große Worte über die Siedlung gefunden. Im Vertrauen auf die tatkräftige Hilfsbereitschaft der neuen Reichsregierung werde beantragt, anordnen zu wollen, dass eine Kommission beim Reichsnährungsministerium, in welcher Beratungsräte der Siedler und ihrer Organisation maßgebend beteiligt werden, die Verhältnisse sofort nachprüfe und dass auf Grund dieser Nachprüfung eine schlanke Sanierung der angelegten Siedler auf der Grundlage der vom Reichslandbund ausgearbeiteten Pläne erfolge.

Schwere Zusammenstöße in Duisburg

bei der Belebung eines SA-Mannes. — Ein Toter, leicht Schwerverletzte.

* Duisburg. Zu der Belebung des am Mittwoch in Homberg erschossenen SA-Mannes Passrath waren aus allen Teilen der Nachbarschaft, auch aus Eilen, SA- und SS-Leute auf großen Lastwagen herbeigeeilt. Als der Zug sich von der Geschäftsstelle der NSDAP in der Goldstraße, wo die Leiche Passraths aufgebahrt war, in die Kremerstraße an einem Bahngelände entlang bewegte, wurde plötzlich von der Bahnhofseite aus einem Hilfegeschäft eine Salve in die Menge hineingeschossen. Am Morgen war die Straße von Passanten und Angestellten gesäumt. Die Polizei, mit Stahlhelmen und Karabinern ausgerüstet, begab sich sofort auf die Szene nach den Schüsse. Von den Nationalsozialisten wurde einer getötet und leicht verletzt zum Teil schwer verletzt. Die Angreifer hatten aus einer Handgranate in die Menge geschleudert. Nach Wiederherstellung der Ruhe konnte sich der Trauerzug zum Waldfriedhof begeben. Die Erditerung in der SA- und SS- ist sehr gross.

* Duisburg. Zu den blutigen Ereignissen bei der Belebung des SA-Mannes Passrath gibt das Polizeipräsidium einen vorläufigen amtlichen Bericht aus, in dem es unter anderem heißt:

Als der Leichenzug sich am Montag nachmittag vom SA-Heim durch die Kremerstraße bewegte, wurde er plötzlich aus dem Hinterhalt und zwar aus der Richtung eines früheren Fabriklokals in der Kremerstraße und einem Hause dieser Straße beschossen. Die Schüsse wurden von der Polizei und zum Teil auch von Angestellten erwidert. Aus den Häusern in der Nähe des Polizeipräsidiums und an der Ecke Parlaments- und Düsseldorfer Straße sowie in Höhe des Brunnenwaldes wurde der Leichenzug ebenfalls vom dortigen Bahngelände und vom Dach des Parlaments beschossen. Der angebliche Schütze, ein Angestellter, der angeblich dort mit Malerarbeiten beschäftigt war, wurde von der Polizei, die das Neuer erwiderte, erschossen. Das Gelände sowie auch die Häuser, auf denen geschossen wurde, wurden durchsucht. Täter konnten nicht festgestellt werden. Bei dem Niederschlag wurde, soweit bisher festgestellt werden konnte, der erwähnte 35jährige Malermeister Rudolf Redweiler erschossen. Ferner erlitt ein Mann einen Schuss am Fuß, ein weiterer lebensgefährliche Schüsseverletzung im Rücken, ein dritter ebenfalls Schüsseverletzung im Rücken, ein vierter einen lebensgefährlichen Bauchschnitt, ein fünfter Kopfverletzung und Schüsse im rechten Oberarm ein sechster einen Kniebeschuss, ein siebenter Kopfverletzung, ein achtster Handverletzung. Die Parteidienstbehörde der Verletzten war bisher nicht festgestellt.

Dertliches und Sächsisches.

Niela, den 7. Februar 1933.

* Mettervoorkonsane für den 8. Februar (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Beimweilige lebende Winde aus westlichen Richtungen, vorwiegend stark bewölkt, östlich Nebel, Temperaturanstieg, zeitweise Niederschläge.

* Daten für den 8. Februar 1933. Sonnenaufgang 7.31 Uhr. Sonnenuntergang 16.58 Uhr. Mondaufgang 14.17 Uhr. Monduntergang 6.58 Uhr.

1867: Der Philosoph Max Tessa in Berlin gest.

1871: Der Maler Moritz v. Schwind in München gest. (geb. 1804).

1920: Der Dichter Richard Dehmel in Blankenese gest. (geb. 1863).

* Eisgang und Hochwasser. Infolge des Tauwetters und anhaltenden Regens ist auf der gesamten oberen Elbstrecke das Eis ausgebrochen und talwärts abgeschwommen. Durch die Schneeschmelze und den Eisgang ist im Laufe des Tages mit einem Wasserschwund von etwa zwei Metern zu rechnen. Heute morgen betrug der Elbhochstand in Niela plus 58. — Hochwasser vorauszusehe. Gibe Dresden Mittwoch abend 106 über — Wogen vorausichtlich Höchststand.

* Politische Zusammenstöße. Heute nachmittag in der 3. Stunde kam es vor dem Gebäude des Arbeitsamtes infolge einer Differenz zwischen einem Reichsbannermann und einem Nationalsozialisten zu erheblichen Zusammenstößen, die zu Zusammenstößen an auswartigen drohten. Die Anfangsungen legten sich vor der Gastwirtschaft „Würzburger Hof“, am Rosenplatz fort, um auch dort eine drohende Haltung einzunehmen, so daß das Überfallkommando eingreifen und die erregte Menge auseinandertrieben mußte.

* Capitoll-Gaußspiel des Stadttheaters Döbeln: Am Mittwoch, den 8. Februar, „Der Vogelhändler“, Operette in 3 Akten von Carl Zeller. Der Spielplan des Döbelner Stadttheaters bringt in wohl erwogener Auswahl und Abwechslung bald neuere Werke, bald klassische Operetten, um so seinem Publikum einen Gesamtüberblick über das Gebiet der heiteren musikal. Bühnenwerke übermitteln zu können. Die Musik aus „Vogelhändler“ ist althausen und unvergänglich; die Handlung entwickelt ein liebenswürdiges Geschehen, spielt vor etwa 200 Jahren in der Alpenpfalz. Die Bühnenbilder wurden von Hans Reising geschaffen, die Kostüme in eigener Werkstatt von Karl und Wanda Müllner angefertigt. Für die Spielzeit setzt Fred Rohde, für die musikal. Leitung Hans Seidel, die Titelrolle singt Anton Müllauer vom Residenztheater Dresden als Gast, in den weiteren Hauptrollen die Damen von Hessenbrunn, Dahlke und Mühl, die Herren Ellen, Schmidt, Hoersterling, Rohde und Reising.

* Feuerlöschwesen. Die Frei. W. Feuerwehr Lauchhammerwerk hielte am Sonntag, dem 5. Febr., im Sächs. Hof ihre Jahreshauptversammlung ab. Mit begrüßenden Worten eröffnete Brandmeister Hirschler die Versammlung und hieß die ehemaligen Herren Ehrenmitglieder und die Kameraden, sowie Herrn Branddirektor Kamerad Steinbach Niela, herzlich willkommen. Die Jahres- und Kostenberichte fanden ausstimmende Erledigung. Die Wehr besteht z. Zt. aus 87 aktiven Kameraden und 7 Ehrenmitgliedern. Übungen wurden im vergangenen Jahre abgehalten: 16 Gefechtsübungen, 6 Gasabschüttungen und viermal Unterricht durch Herren Dr. Buchmann über erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von größeren Bränden blieb unter Wehr im verflohenen Jahre verschont; es sind nur etwa 20 Kleinfälle zu verzeichnen. Zu Bränden außerhalb des Werkes erlitten die Alarmstreife sebenmal. Bei diesen Bränden waren 183 Kameraden mit 1885 lfd. Mr. Schaudt zur Stelle. Ausgezeichnet wurden für 10jährige Dienstzeit zwei Kameraden: Wehrmann Scherer und Kern; für 20jährige treue Mitgliedschaft: Kamerad Gramotka. Neubewilligungen wurden für den Gasdienst 2 Std. Dräger K.W. Geräte 1881, 30 Std. Gummimasken Dräger 1932, hierzu 90 F., 90 L. und 90 G-Einsätze. Herr Branddirektor Steinbach dankte für die Einladung. Er versetzte das gegenseitige Zusammensetzen der Nielaer Wehr und machte nähere Mitteilungen über den 1932 in Niela stattfindenden Sächsischen Feuerwettkampf. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten der Wehr Erledigung gefunden hatten, schloß Dräger. Hirschler mit besten Wünschen für das neue Jahr und brachte auf die Wehr u. ihre Mitglieder ein herzliches „Glück auf!“ aus. Nach Schluss der Versammlung folgte ein kleines Tanzabend und Sammelschäftsliches Beisammensein mit den Wehrfrauen. Gut Wehr!

* Jahreshauptversammlung des DÖB. Am vergangenen Sonnabend hielt der Deutschnationale Handlungsbürokrat seine Jahreshauptversammlung im Hotel Höpner ab. Der Vertrauensmann, Herr Schönfeld, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder, insbesondere auch die von Strehle und Olschak herbeigeeilten Abordnungen. Ein besonderer Willkommensgruß wurde dem Mitglied der Verwaltung, Herrn Hegerwald, entgegengebracht. Nachdem die Tagesordnung bekanntgegeben war, wurde ein Aufruf der Verwaltung an die Mitglieder bezüglich der Übergabe des Reichslandesportpaares an Adolf Hitler, verlesen. Dann gab Herr Schönfeld den Jahresbericht. Aus ihm ging hervor, daß der DÖB im abgelaufenen Jahre Gewaltlosigkeit zu leisten batte und daß es ihm möglich war, alle gestellten Aufgaben und Verpflichtungen reiflos zu erfüllen. Der Mitgliederbestand konnte nicht nur gehalten, sondern noch um einige Kollegen erhöht werden. Trotz der armen Stellenloszahl und der dadurch auf dem Verband ruhenden Lasten war es noch möglich, ohne Schulden das alte Jahr verlassen zu können. Das neu ins Leben gerufene Frauenhilfswerk hat sich gut bewährt, und durch ihre Hilfe wurde so manche große Not gelindert. Ein besonderes Augenmerk legte der Verband auf die Bildungsarbeit. Ein breites Feld der Bildungsarbeit nahm das Berufsbildungswesen ein. Hierfür wurden in erster Linie die Stellenlosen interessiert. Auch die Allgemeinbildung, sowie die Fachbildung wurden eifrig betrieben und von einer großen Zahl der Kollegen gern aufgenommen. Herr Schönfeld schloß seinen Bericht mit den Worten, daß jeder Kollege an sich selbst mitarbeiten solle, denn Bildungsarbeit ist für die Kaufmannsgehilfen das Rüstzeug zum Aufstieg und Vorwärtskommen. Herr Hegerwald sprach anschließend über die Einzelheiten der geleisteten Bildungsarbeit und deutete darauf hin, daß heute mehr denn je das Wohl und Wonne der Kollegen von den Fähigkeiten des Einzelnen abhänge und daß es heute keine genormten Kaufmannsgehilfen geben dürfe, sondern daß sie auf allen Gebieten der kaufmännischen Praxis genügend Erfahrungen benötigen müßten. Ein Sinnspruch sagt: „Nur lebt leben! Und in der heutigen Notzeit kann nicht genug getan werden für die Bildungsarbeit.“ Tatsächlich ist auch eine Steigerung der Teilnehmerziffern zu verzeichnen gewesen. Auch die Gesellschaft wurde gezeigt. Sie wurde nicht betrieben wegen der Notzeit, sondern trotz der Notzeit. Besonders hervorgehoben wurden die Veranstaltungen der Deutschen Bühne, die Autoren-Abende usw. Dann folgten die kurzen, aber loblichen Berichte für die Untergruppen: Bund der Kaufmannsjugend, Bücherei, Presse, Angestellten-

Berichtung, DÖB, Bund reisender Kaufleute, Mußgruppe, Kuratorium für Stolze-Schulen. Gegen den erteilten Kostenbericht wurden keine Einwendungen erhoben. Daraufhin wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Nun erfolgte die Neuwahl des Gesamtvorstandes. Für den aus besonderen Absichten ausscheidenden 1. Verr. Mannes wurde Herr Kieeler einstimmig gewählt. Die übrigen Kämter wurden mit wenigen Abänderungen durch die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder bestellt. Besondere Anträge lagen zur Jahreshauptversammlung nicht vor.

Nachdem somit der geschäftliche Teil erledigt war, ergriff das Mitglied der Verwaltung, Herr Hegerwald, das Wort und überbrachte die Grüße der Verwaltung. Gleichzeitig dankte diese für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr. Dann sprach Herr Hegerwald über die augenblickliche Lage in Deutschland. Der Verband hatte im vergangenen Jahre große Aufgaben zu lösen. Er mußte der Regierung Papen harschens entgegentreten, da man beachtigte, die Krise auf die Schultern eines bestimmten Schicht abzuwälzen. Menschheitshirn würde nicht ausreichen, um die Krise mit einem Male zu Ende zu bringen, es wären da zu viel dynamische Kräfte mit. Bei der heutigen Beitragszahlung von 8½ Prozent zur Arbeitslosenversicherung würde die Möglichkeit bestehen, daß jeder Stellenlose 26 Wochen unterstützt werde. Heute verlangt man bereits nach 6 Wochen die Hilfsbedürftigkeits-Pauschale. Hier eine Besserung zu erreichen, ist eine Aufgabe des Verbandes, an der gearbeitet wird. Es ist ein unlösbarer Zustand, Beträgen abzunehmen, die in seinem Verhältnis zu den Leistungen stehen. Herr Hegerwald wies dann darauf hin, daß sich der DÖB, in vielen Sachen von den politischen Unterschieden unterscheidet. Viele Millionen Menschen würden sich heute freuen, daß das Reichskanzler-Amt einer Person übertragen worden sei, die vom nationalen Gefühl beeinflußt und gefügt werde. Falls die Reaktion sich behauptet, dann könnte über Deutschland ein Unglück hereinbrechen, das auf Jahrzehnte hinaus nicht wieder gutzumachen sei. Damit die nationale Grundhaltung nicht um Jahrzehnte in der Entwicklung zurückgeworfen wird, so schloß Herr Hegerwald seine Worte, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, mithelfen und aufzubauen, damit der nationale Geist nicht geschwächt, sondern gestärkt werde. Der langanhaltende Fall zeigte, mit welcher Aufmerksamkeit und Spannung der Vortrag aufgenommen wurde. Daraufhin galt die Jahreshauptversammlung als geschlossen.

* Sächs. Militär-Verein Gröba. Am Sonntag, dem 5. Febr., beging der ländl. Militär-Verein zu Gröba sein 44. Stiftungsfest im Rathaus zum Auer, Gröba. Groß zahlreich waren geladenen Gäste, sowie die Kameraden des Vereins mit ihren Angehörigen erschienen. An Stelle des leider erkrankten 1. Vorr. Kamerad Henschel, entbot Kamerad stellv. Vorr. Schönfuß den Willkommensgruß, der im befreiten dem Herrn Bezirksvorsteher Kamerad Major v. Windfuß galt. Den militärischen Teil hatte die Stadtkapelle Mühlberg unter Mitwirkung des Spielmannszuges des Turnvereins Gröba (Tz) übernommen. Die Kapelle als auch der Spielmannszug entledigten sich ihrer Aufgabe mutig und gütig. 15 verdienten Kameraden des Vereins wurde vom Herrn Bezirksvorsteher Kamerad Major v. Windfuß das Bundesverdienstzeichen für 25- und 40jährige treue Mitgliedschaft verliehen, und zwar den Kameraden Heinrich Strehle, Kreis, Zimmer, Delius, Thiemig, Polken, Zimmermann das Ehrenzeichen für 40j. treue Mitgliedschaft, und den Kameraden Heleman, Hoffmann, Schwarze, Pöhler, Mühlbach, Rädler und Grohmann das Ehrenzeichen für 20j. treue Mitgliedschaft. Den Jubiläum dankte Herr Bezirksvorsteher Kamerad Major v. Windfuß für die dem Verein und somit auch dem Bunde bewiesene Treue. Dem musikalischen Teile folgte nach einer kurzen Pause die Aufführung des Bühnenstückes „Ein deutsches Leben“ von Eva v. Rappard, in 1 Vorspiel und 8 Bildern. Ohne Hemmung und in vorbildlicher Wiederlage sollte sich dieses allgemein sehr ansprechende Bühnenstück vor den Augen und Ohren der aufmerksamen Zuhörerstäbe ab. Ein anschließender Ball hielt als alt und jung bis nach 1 Uhr in feierndem Gesellschaftlicher Gesellschaft zusammen.

* Der Kaufmanns-Stellenmarkt im Januar abwartend. Nach den Beobachtungen der Kaufmännischen Stellenvermittlung des Deutschen Nationalen Handlungsbürokrat-Verbandes hat der Stellenmarkt im Januar keine weitere Entlastung erzielen. Die Stagnation bedeutet insofern eine Entlastung, als der rückläufige Bewerberandrang in den Monaten November und Dezember ein deutliches Abwegen des Kaufmanns-Stellenmarktes von der jahreszeitlich bedingten Ver schlechterung des allgemeinen Arbeitsmarktes hätte erkennen lassen. Zurückzuhalten ist die abwartende Haltung im Januar hauptsächlich auf die unentwidmete innerpolitische Lage. Jedentfalls liegen keine Anzeichen vor, die eine Verstärkung der Wirtschaftskrisis erfordern. Zum Beispiel hält sich der Zugang neuer Bewerber im ziemlich normalen Grenzen. Stellenfindungen im Sinne der freienhandl. Einbindung der Vergleichszeit des Vorjahrs sind nirgendwo vorgenommen. Nur haben in früheren Monaten vorjährig ausgebuchte Einschätzungen, nachdem sie mehrfach verlängert worden waren, in etwas größerem Umfang nun doch zur Entlastung geführt. Wehr als der Bewerberandrang ist aber die Beurteilung der Lage im Januar die größte Burdenhaltung der Firmen mit an sich notwendigen Neu einstellungen charakteristisch. Selbst Ausbildungsfeststellungen für Inventur- und Büchereidienstleistungen — auch für das Inventurausverkaufsgeschäft — waren nur mäßig angeboten. Etwas lebhafter: Nachfrage bereiste nur im Ver sicherungsgeschäft. Auch für tägliche, fachkundige Lehrlinge gab es Angebote. Untererhöhte aber haben die Firmen der Außenhandelsbranche nach wie vor so gut wie keinerlei Personalsbedarf. Ebenso liegt die eigentliche Auslandstellenvermittlung gänzlich darnieder.

* Tagung der sächsischen evangelischen Arbeitervereine. Am Sonnabend fanden in Chemnitz eine Führertagung der Vereine Zwönitz und Chemnitz des Landesverbandes evangelischen Arbeitervereine, sowie eine Vorstandssitzung des Landesverbandes statt. Es wurde u. a. beschlossen, den diesjährigen sächsischen evangelischen Arbeitertag am 17. und 18. Juni in Mittweida abzuhalten. Zur wirtschaftlichen Lage Sachsen wurde eine Entschließung gefasst, in der es begrüßt wird, daß die sächsische Regierung eine bessere Beteiligung Sachsen am Reichsarbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt hat. Die Regierung wird gebeten, nichts unverhüllt zu lassen, die Reichsregierung zu weiteren Hilfsmaßnahmen zu veranlassen. Eine weitere Entschließung, in der gefordert wird, Sachsen bei der Arbeitsbeschaffung bevorzugt zu behandeln, wurde an die Reichsregierung abgesetzt. Auf einem im Rahmen der Tagung veranstalteten Deutschen Abend sprach Landtagsabgeordneter Prot. Siegert-Geben über die Pflege des deutschen Kulturerbes. Der Sonntag brachte nach einem Gottesdienst in der Paulskirche zwei Vorträge von Pastor Martin-Dresden über „Wie feiern wir Christ?“ und von Pastor Wielisch-Zittau über „Neue Wege der evangelischen Arbeitervereine“.

* Polizeioffiziere gegen Vinßche. Die Vereinigung sächsischer Polizei- und Gendarmerieoffiziere veröffentlicht folgende Erklärung: „Wieder einmal gibt der Vorfall im „Zugspitzenheim“ in Dresden den Anlaß zu den verschiedensten Einzelheiten ihrer Breite Anlaß, in den unerhörtesten Verleumdungen und zu einer wilden Hetze gegen das Polizeipräsidium Dresden und die Dresdner

Polizeibeamten. Wieder einmal trifft einer bewußte Untersuchungsschluß des Vorfalls in Tätigkeit, um die Vorwürfe von nicht abgetroffen zu sein, obgleich die amtliche Untersuchung vor wenigen Monaten darauf hingewiesen hat, daß dieser Zustand für die Polizei die große Sicherheit in sich, es gilt, Entschlüsse zu treffen, die der Aufrechterhaltung systematisch betriebene Kriege beweist aus nadeligenden, um die Sicherheit der Polizei zu lösen. Ich schließe mich diesem Entschluß an, die Polizei die große Sicherheit in sich, es gilt, Entschlüsse zu treffen, die der Aufrechterhaltung systematisch betriebene Kriege beweist aus nadeligenden, um die Sicherheit der Polizei zu lösen. Wir Polizeioffiziere sind es gewohnt, uns schüchtern vor unsere Beamten zu stellen, und wir tun dies auch in diesem Falle, in dem die Dienstwaffe Gebrauch machen mußten. Was für ein unglaublicher Schaden für den Bestand des Staates entstehen kann, wenn unilaterale gemacht sind in ihrem Entschluß, Sicherheit selbst auszumachen.“

* Die Reichs- und Sächsische Ministeriums des fortgeleiteten Bemühungen vom Reichsministerium eine Annahme ist es gelungen, daß er von Januar 1933 an bei den Reichssteuerüberweisungen 500.000 Mark zur Abdeckung der rückständigen Kriegszeit nur noch monatlich 300.000 Mark statt bisher 500.000 Mark zur Abdeckung der rückständigen Kriegszeit einzahlen werden. Die Kürzung erfolgt wie bisher in drei Schritten am 8., 19. und 28. jedes Monats. Die Abdeckung der Kosten soll durchgeführt sein.

* Betriebsseinsicht und -stilllegungen. Im Januar ist beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 16 Anzeigen über beabichtigte Betriebsbeschränkungen und -stilllegungen eingegangen gegen 232 im Dezember und 374 im Januar 1932. An dieser Abnahme ist bis auf die Eisen- und Metallwaren sowie die Eisenindustrie sämtliche größeren Industriegruppen beteiligt. Auch die auf Grund der Anzeigen vorgenommenen Entlassungen bleiben noch wie vor hinter dem Vorjahrsumfang zurück. Von den 2131 Arbeitern und 481 Angestellten erstatuenden Betrieben beschäftigt waren, wurden nach — also zum größten Teil Wochen dauernden Sperrfrist (Arbeiter und 100 Angestellte) im November — 1848 (1788 gleicher Zeit der beiden Vorwahlen, während in der gleichen Zeit der beiden Vorwahlen, während 11251 bzw. 8517 Arbeitern ihre Arbeitsplätze verloren. Fünf Betriebe entfielen des beschäftigten Personals. In 67 Fällen wurden die 14 Fälle stand die Stilllegungsverordnung keine Anwendung.

* Die Kriegsversorgungsverbände in Sachsen. Die Bezirksfürsorgeverbände hatten schon lange das Anwachsen der Kosten für die Unterhaltung der Kriegsveteranen bemerkt und festgestellt, daß die Kosten vielfach im Kriegsverhältnis zum Erreichen stehen und unverhältnismäßig hoch sind. Da die Finanznot dazu zwang, den Aufwand für die Kriegsversorgung zu beschränken und in ein gehobenes Verhältnis zwischen dem Kriegsamt zu bringen, hat die Arbeits- und Wohlfahrtsministerium neue Grundsätze für die Durchführung der Kriegsversorgung im Freistaat Sachsen aufgestellt, die kürzlich wurden.

* Die Arbeits- und Wohlfahrtsministerium am 28. Januar im ostdeutschen Zimmererberufe vorgenommenen Erhebung, die sich auf 7853 Personen erstreckte, waren 6722 = 85,9% Prozent der ermittelten Personen arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit hat damit gegen den Vorjahr um 2,13 Prozent, bei den Lehrlingen sogar um 16,27% abgenommen.

* Wasserleitung, genug empfohlen werden, beim Auslaufen von Wasserrohren eine vorstichtige vorausgegangen, da derartige Leckage verhindert werden kann. So werden immer wieder Brände durch verdeckte Leckage entdeckt, daß mit offenem Kerzenlicht das Aufzählen der Tote in dem Raum verhindert werden, der damit umgeben ist, wie Holzteile, Zwischenwände usw. sind dabei zu entfernen. Nach beendeter Arbeit sollte man immer nachprüfen.

* Sächs. Feuerwehrvereine. Eine männliche Wasserleiche wurde gestern früh um 7 Uhr an einer Seehausenstraße geborgen und nach der Reise in ein Leichenzimmer gebracht. Die Personalien des Toten konnten bereits festgestellt werden. Es handelt sich um einen gewissen Wagner aus Seehausen, welcher, wie aus den Freitod in der Elbe geflohen ist. Die einzigen Monaten erledigendes Scheitern also von vorher aus.

* Sächs. Feuerwehrverein in Oppitz. Sonnabend früh ist der Arbeiter Otto Hänel, der der NSDAP angehört, von einem politischen Gegner durch einen Messerstich in den Kopf verletzt worden. Er liegt an einer Bluterguss im Bett, der Tod ist nicht abgesehen. So werden immer wieder Brände durch verdeckte Leckage entdeckt, daß mit offenem Kerzenlicht das Aufzählen der Tote in dem Raum verhindert werden, der damit umgeben ist, wie Holzteile, Zwischenwände usw. sind dabei zu entfernen. Nach beendeter Arbeit sollte man immer nachprüfen.

* Sächs. Feuerwehrverein in Oppitz. Sonnabend früh ist der Arbeiter Otto Hänel, der der NSDAP angehört, von einem politischen Gegner durch einen Messerstich in den Kopf verletzt worden. Er liegt an einer Bluterguss im Bett, der Tod ist nicht abgesehen. So werden immer wieder Brände durch verdeckte Leckage entdeckt, daß mit offenem Kerzenlicht das Aufzählen der Tote in dem Raum verhindert werden, der damit umgeben ist, wie Holzteile, Zwischenwände usw. sind dabei zu entfernen. Nach beendeter Arbeit sollte man immer nachprüfen.

* Sächs. Feuerwehrverein in Oppitz. Sonnabend früh ist der Arbeiter Otto Hänel, der der NSDAP angehört, von einem politischen Gegner durch einen Messerstich in den Kopf verletzt worden. Er liegt an einer Bluterguss im Bett, der Tod ist nicht abgesehen. So werden immer wieder Brände durch verdeckte Leckage entdeckt, daß mit offenem Kerzenlicht das Aufzählen der Tote in dem Raum verhindert werden, der damit umgeben ist, wie Holzteile, Zwischenwände usw. sind dabei zu entfernen. Nach beendeter Arbeit sollte man immer nachprüfen.

* Sächs. Feuerwehrverein in Oppitz. Sonnabend früh ist der Arbeiter Otto Hänel, der der NSDAP angehört, von einem politischen Gegner durch einen Messerstich in den Kopf verletzt worden. Er liegt an einer Bluterguss im Bett, der Tod ist nicht abgesehen. So werden immer wieder Brände durch verdeckte Leckage entdeckt, daß mit offenem Kerzenlicht das Aufzählen der Tote in dem Raum verhindert werden, der damit umgeben ist, wie Holzteile, Zwischenwände usw. sind dabei zu entfernen. Nach beendeter Arbeit sollte man immer nachprüfen.

gelter Zeit feindmarschmäßig auszurücken, die in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag stattfand und gleich den anderen Veranstaltungen einen äußerst bestreitenden Verlauf nahm. So sei denn auch den Namen der Ortsgruppen Glanitz und Falknitz vom Königlich-Lutze-Bund, die sich für das felsige Wohl des Mannschaften hingebungsvoll aufopfereten, herzlich dankt.

* Rüdersdorf. Stiftungsfest des Sächs. Militärvereins Rüdersdorf e. V. Am vergangenen Sonnabend konnte der Sächs. Mil.-Verein Rüdersdorf e. V. im feierlich gesäumten Elbgasthof sein 55. Stiftungsfest feiern. Trotz des schlechten Wetters konnte der Vorsteher eine recht stattliche Anzahl Kameraden und Gäste begrüßen. Der Abend wurde eingeleitet durch ein Konzert, nur mit Militär-Märschen der alten Sächs. Armee, welches von der Leubertischen Kapelle zur vollen Zufriedenheit ausgeführt wurde. Den unterhaltenden Teil hatte Herr Erich Raumann, Dresden, übernommen, welcher mit seinen ernsten und heiteren Vorträgen starfen Beifall erntete. Die von ihm selbst verfassten Vorträge „Der alte Früh“ und „Die Fahne“ und „Mein Vaterland“ hatten, in die heutige Zeit passend, wollen Erfolg; das Melodrama „Der 1. März 1871“ nicht minder. Weiter wartete Herr Raumann mit einer Serie heiterer Vorträge auf. „Vom großen König“, „Dem Herrn Nachtmeyer wird's immer recht sein“, „Instruktionsstunde“, „Heimgefecht oder A. D. entlassen“, und noch andere heitere Soden, fanden ebenfalls dankbare Zuhörer. Herr Raumann hat seinen Auftrag zur größten Zufriedenheit ausgeführt, und der Verein hat keinen schlechten Griff getan. Wiederum kann der Verein 2 Kameraden mit einer 50-jährigen Mitgliedschaft aufweisen. Die Kameraden Hermann Krebsmaier und Ernst Schönitz. Da beide durch Trauersfall am Freitag verhindert waren, wurde ihnen das vom Sächs. Mil.-Verein-Bunde verliehene Ehrenzeichen in Gold in der Wohnung überreicht. „Obre dem Ehre gebührt, den alten zur Ehr, den jungen zur Lehr.“ Nach dem unterhaltenden Teil kam der Tanz zu seinem Recht, und da nur „alte“ Tänze gespielt wurden, so man auch die Alten unermüdlich das Tanzbein schwangen, einige Stunden die Sorgen der Zeit vergessend, bis die Polizeistunde um 2 Uhr dem Vergnügen ein Ende bereitete.

* Großschönau. In der Eintragsstube schwieb Sonntag nach die Holzbrücke des Brückenneubaus am Elbgasthof zum Löwen in Ralstruth. Die Röder, die Hochwasser jähzte, hatte starken Eisgang. Die Eislaufen hielten sich an der Brücke und drohten sie zu zerstören, während andererseits die Gefahr bestand, dass die sich stauenden Wassermassen die Staatsstraße überfluteten. Nach Eintragen der Meldung rückte auf Veranlassung des Herrn Hauptmanns von Reichswitz die „Tenn“ mit 27 Mann, sowie Stahlhelm- und SA-Leute der Kraftdrohle an die Gefahrenstelle. In zweistündiger Arbeit gelang es, die angekauten Eisböschungen durch die Brücken abzuleiten. Die Eisböschungen wurden zerstört und hinderliche Balken durch angefeilte Hölzer abgedeckt. Durch ziehen von Notgräben gelang es, das angelagerte Wasser abzuleiten.

* Obermartha. Negativer Ausgang eines Bürgerentscheids. Am Sonntag fand hier der von den Sozialdemokraten beantragte Bürgerentscheid über die Auflösung des Gemeindeoberordnetenkollegiums statt, zu dessen Annahme 128 Ja-Stimmen erforderlich gewesen wären. Von 24 Bühlern kamen 124 ihr Wahlrecht aus, und zwar stimmten 108 für Auflösung, 20 dagegen, während jedoch 6 Stimmung ungültig waren.

* Dresden. Aus dem Vortriebe. Der neu ernommene Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Bang hielt in einem vom Landesverband Osthessen der Deutsch-nationalen Volkspartei in Dresden einen Vortrag über die politische Lage. Wie Dr. Bang mitteilte, wird er auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen wieder an der Spitze der deutsch-nationalen Liste in Osthessen kandidieren.

* Dresden. Ein neuer Lokomotivbahnhof. Das Reichsbahnbaubüro baute im mehreren Bauabschnitten den Lokomotivbahnhof Dresden-Friedrichstadt zu verlegen. Der Bahnhof, der u. a. einen 160 Meter langen Lokomotivbahnhof für 70 Maschinen erhalten wird, wird nach Fertigstellung der Gleisanlagen keinen Platz an der Hamburger Straße haben. Der bisherige Bahnhof lag an der Waltherstraße. Der Umbau der etwa 600 Meter langen Gleisarbeiten wird eine Erdbebenung von rund 100 000 Kubikmetern erfordern.

* Dresden. Die Notlage des Circus Sarafani. Wie wir von der Direktion des Circus Sarafani erfahren, hat sie sich, um die Futterkosten für den Tierpark zu senken, entschließen müssen, mehrere Löwen erschleben zu lassen. Bereits vor einiger Zeit mukte eine Anzahl Pferde geblieben werden. Das Fleisch wurde als Futter für die kostbaren Raubtiere verwandt.

* Dresden. Aus der schwarzen Chronik. Am Sonnabend nachmittags stürzte in einem Hause auf der Waltherstraße ein 18 jähriges Hausmädchen beim Fensterputzen etwa 4 Meter tief in den Hof hinab. Das Mädchen zog sich eine Wirbelsäulenverletzung zu und mußte dem Krankenhaus eingeliefert werden. – In ihrer elterlichen Wohnung auf der Baustadt hat sich am Sonntag eine 20 Jahre alte Kontoristin mit Dewittas verquitet. Der Grund zur Tat dürfte in einem Nervenanfallsmoment zu suchen sein.

* Dresden. Der 80. Geburtstag. Am 7. Februar fand der Vater des früheren sächsischen Finanzministers und späteren Reichsfinanzministers Dr. Peter Reinhold, Generaldirektor i. R. Hans Leo Reinhold, in geistiger und körperlicher Frische seinen 80. Geburtstag feiern.

* Dresden. Verbot kommunistischer Demonstrationen. Wie das Preseamt des Reichspräsidiums mitteilte, sind die kommunistischen Strahndemonstrationen, die am heutigen Nachmittag hier geplant waren, auf Grund der Bestimmungen in Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung verboten worden.

* Birna. Der Kommunalwahlkampf. Hinweislich der Vorgänge in der zweiten öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten in Birna vom 26. v. M. erfuhrten wir von zuständiger Stelle, dass die Kreisbaumanstalt Dresden-Bauken den Stadtrat in Birna eila angewiesen hat, den Stadtverordneten namens der Kreishauptmannschaft von folgendem Kenntnis zu geben: Sie würde bei Wiederholung von Beschlüssen der Stadtverordneten und Maßnahmen ihres Vorsteigers, wie sie in der Sitzung vom 26. Januar geäußert worden seien, sich genötigt sehen, beim Ministerium des Innern auf Entschließung gemäß § 177 Abs. 1 der Gemeindeordnung wegen Bildung der Stadtverordnetenversammlung anzuzeigen. Schon jetzt habe die Kreishauptmannschaft von den Vorgängen in jener öffentlichen Stadtverordnetensitzung und insbesondere vom Beifluss in der Sitzung, den Vorschlag auf Verteilung der in den Birnaer Betrieben aufgestapelten Holzstoffe an die Unterstüttungsempfänger betr. die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Dresden mit dem Ergebnis um zuständige Entscheidung eingehend berücksichtigt.

* Neukastel i. Sa. Die zweite Silberhochzeit. Das immerhin seit 60 Jahren am weitesten Silberhochzeit bejähnte der Messerchmied Georg Maßke. Maßke ist 81 Jahre alt.

* Malitschitz. Gutsbrand. In der Nacht zum Montag brach hier in der Scheune des Wirtschaftsbehörden und Steinarbeiters Wrote Feuer aus, das sich infolge des herrschenden Windes sehr rasch ausbreitete und außer der Scheune auch das Wohnhaus und die Stallungen im Hause

leiste. Der größte Teil des Mobiliars sowie Wagen und Pferdegerüste sind mitverbrannt. Auch zwei Schweine und einige Gänse kamen in den Flammen um. Die Brandursache bedarf noch der Klärung.

* Bauzen. Autounfall durch ein Reh. Am Freitagabend ereignete sich auf der Straße in der Nähe von Wurbis ein Kraftwagenunfall durch ein Reh, das die Straße überquerte. Das Reh wurde vom Auto erfaßt und getötet.

* Bauzen. Eisgang und Hochwasser auf der Spree. Anfolge des Temperaturenkangs der letzten Tage führte die Spree am Sonntag früh außergewöhnlich starken Eisgang und Hochwasser. Die Fußgängerbrücke an der Baumwolle Pels wurde von den Fluten weggerissen. Auch die Brücke an der Hochwasserfabrik konnte den andringenden Eisböschungen und Wassermassen nicht standhalten und wurde bis auf einen einzigen Balken weggerissen. Der ganze Brückendekor wurde abgetrieben. An der Wäscherei von Vorbeck wurde die Wäschereiseite glatt abgerissen und fortgespült. Auch mehrere andere an der Spree gelegene Gewerbebetriebe wurden stark in Mitleidenschaft gezogen.

* Gericke. Eine alte Zeitungsverlegerfamilie. Wir berichteten dieser Tage, daß sich die „Nachrichten für Grimma“ seit 50 Jahren im Besitz der Familie Bode befinden. Nunmehr wird uns mitgeteilt, daß das „Gericke“ bereits 58 Jahre in den Händen der Familie Bode ist. Ernst Bode, der Vater des derzeitigen Inhabers, gründete die 1887 von Johannes Berger gegründete Zeitung 1880. 1892 kaufte er das Geschäft und 1898 das Hausrundstück. 1906 trat Ernst Bode nun in das väterliche Geschäft ein. 1910 wurde das Geschäft vom Markt in die Bahnhofstraße verlegt. Ernst Bode jun. wurde Teilhaber und übernahm 1919 das Geschäft. Im Jahre 1924 starb Ernst Bode jun. 1928 ging die Zeitung zum täglichen Erscheinung über. Das Stammhaus der Familie steht in Radebeul (Thür.). Die dortige Druckerei mit Zeitung befindet sich seit 1811 in den Händen der Stammfamilie Bode. Die dortige Zeitung wurde 1811 gegründet, aber von Napoleon wieder verboten. 1814 gab der Urgroßvater von Ernst Bode jun. die Zeitung wieder neu heraus. Sie kommt 1914 ihr 100-jähriges Bestehen zu. Sie befindet sich jetzt (in der 4. Generation) in den Händen von Max Bode, einem Sohnen des Inhabers vom „Gericke“.

* Chemnitz. Zu den Vorgängen am Sonntag, zu den Gerichten, das der am Sonntag nach einer Kundgebung der Elternfront bei einem politischen Zusammentreffen gestellte Reichsbannermann Bischof durch einen Adjunktus der Polizei verlegt worden sei, teilt das Polizeipräsidium mit, daß die am Montag vorgenommene gerichtliche Sektion der Polizei einwandfrei ergaben habe, daß dies nicht zutreffen könne. Im Zusammenhang mit den wiederholten Zusammenstößen in Chemnitz hat sich die feste Kreisleitung der RDP an den Reichsbannerministerin und dem Reichsbannermann Bischof gewandt mit dem Eruchen alle sozialdemokratischen und kommunistischen Kundgebungen unter freiem Himmel zu unterstellen und das Chemnitzer sozialdemokratische Organ zu verbieten.

* Chemnitz. Politische Schlägerei in Chemnitz. Am Montag nachmittag hatte sich in der inneren Stadt eine größere Menschenmenge angesammelt, von der die blutigen Vorfälle des Sonntags erörtert wurden. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen entwickelte sich eine größere Schlägerei, bei der auch von Stichwaffen Gebrauch gemacht wurde. Beide Nationalsozialisten und ein Kommunist wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus geführt werden. Die Polizei nahm mehrere Sichtungen vor.

* Chemnitz. Eisgang. In der Nacht zum Sonntag sprengten die Amazons, Wünschknick und Chemnitzkink die Eisböschungen gewaltige Eisböschungen und Hochwasser zu Tal. Die alarmierten Wasserwachen und Feuerwehren mußten in angestrengter Arbeit die Gefahr für die Ortschaften beseitigen. Sonntag morgen waren noch die Überschwünge im Chemnitzer Stadtteil überflutet. Am Laufe des Sonntags ging die Hochwasser schnell wieder zurück.

* Chemnitz. Todestoll. Dieser Tage verstarb hier der frühere Direktor der Chemnitzer städtischen Gaswerke, Ernst Leding, im Alter von 89 Jahren. Er befand sich seit 25 Jahren im Amt. Der Verlobene war u. a. Ehrenmitglied des Chemnitzer Handwerkvereins.

* Chemnitz. Eine Tiertragedie. Wie der Chemnitzer Tierschutzbund mitteilt, hat sich lästig in einem Wandsarkus im benachbarten Feuerhand eine bedauerliche Tiertragedie abgespielt. Der Sirkusbesitzer hatte im Oktober drei junge Löwen aus dem Chemnitzer Zoo erworben. Anfolge der schweren Notlage, die in den letzten Jahren alle großen und kleinen Sirkusunternehmen ergriffen hat, war es nicht möglich, die Tiere ausreichend zu ernähren. Eines Morgens fand der Besitzer von einem der 3 Löwen nur noch blutige Knospenreste. Die aufgezehrten beiden anderen Tiere waren über ihren schwächeren Genossen hergestellt und hatten ihn aufgefressen. Der Sirkusunternehmer hat außerdem furchtbar dadurch schweren Schaden erlitten, daß in den kalten Nächten sein letzter dargestellter Hund erstickte ist. Der Chemnitzer Tierschutzbund hat eine Sammlung für die hungernden Tiere eingeleitet.

* Frankenberg. Demonstrationenverbot. Infolge der Ausschreitungen der letzten Tage hat der Stadtrat alle Versammlungen der RPD und der ihr angeschlossenen Organisationen bis auf weiteres untersagt.

* Jabsbach. Großfeuer. Am Montag früh wurde hier ein Bauerngut, bestehend aus Wohnhaus und zwei Scheunen, durch Feuer vernichtet. Die Brandursache ist unbekannt.

* Limbach. Hohes Alter. Gestern konnte hier der Fabrikbesitzer Carl August Kühnert in Gesundheit den neuzeitlichen Geburtstag feiern. Er ist Gründer und Inhaber der bekannten Stoffbandschuhfabrik und war auch lange Zeit Stadtverordneter.

* Limbach. Todestoll. Im Alter von 78 Jahren starb hier der Obermeister der Glashauer Weberei Ernst Bruno Brückner.

* Weida. Ein Getöteter gesichtet. Wegen Einbruchsvorwands sollte hier am Montag der 18 Jahre alte Zimmererlehrling Burghard aus Weida dem Amtsgerichtsgerichtssitz zugeliefert werden. Möglicherweise ergriff er die Flucht, konnte die Bahnhofshallen entlang und irrtum von einem Viadukt auf die Straße hinab. Leute, die ihn aufhalten wollten, stieß er zur Seite. Obwohl der Flüchtling scharr verfolgt wurde, entfam er in Richtung Arnsdorf.

*

* Torgau. Beteiligung der Torgauer „Verkehrsbranche“. Die Umbauarbeiten an der Elbbrücke, die aus Sicherheitsgründen notwendig wurden, sind im Gange und werden eine Zeitlang lästige Umleitungen nötig machen. Die Wagen müssen dann die Jahre bei Pretzsch oder Belgern umfahren, und schwere Lastautos müssen den Weg über Wittenberg nehmen. Die Umbauarbeiten werden erst gegen Ende September vollendet sein. Man hofft aber, mit nur wenigen Tagen Umleitung auszukommen. Törichtlich ist auch die Sicherung der Verkehrsbrücke, daß nach Fertigstellung der Arbeiten die Brücke nicht mehr mit einem Schnedtentrum von 10 Stundenkilometern befahren zu werden braucht. Wegen dieser „Verkehrsbrücke“ ist Torgau zu einer zweitklassigen Verkehrsmittel gelangt.

2. Öffentliche Gemeindeoberordneten-Sitzung in Rüdersdorf

am 3. Februar 1933.

Die einen recht stürmischen Verlauf nahm. Der Sitzerraum war voll besetzt. Vorsteher Dietrich eröffnet 7.30 Uhr die Sitzung und gibt bekannt, daß GB. Böhme entschuldigt fehlt.

Punkt 1, der schon in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung ausgiebig behandelt worden ist, wird auf Antrag des GB. Weißert in die nichtöffentliche Sitzung verweisen. Auf Grund dieses Antrages erklärte der Vorsteher, daß er das Wort hierzu nicht öffentlich ausspielen könne. Hierzu entpannt sich eine recht lebhafte Geschäftsförderungsdebatte, an der sich von der linken Fraktion die GB. Eichler und Luisch mit sehr heftigen Worten beteiligten. Der Gemeinderat wies daraufhin, was in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung verbündet werden kann. Der Vorsteher wies daraufhin verließ die linke Fraktion geschlossen den Sitzungssaal, die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen und die Sitzung verlor unter Protesten ebenfalls den Saal.

Zu Punkt 2 erklärte GB. Bartels, bez. Einspruch des Gemeinderates gegen die Vorsteherwahl, daß die Wahl nach der GO. und dem Ortsvorsteher sowie nach der Tagessordnung richtig vorgenommen worden wäre und weist nochmals darauf, daß die linke Fraktion ja auf sämliche Vorsteherwahlen verzichtet habe. Der Gemeinderat behält sich vor, in dieser Angelegenheit den Rechtsweg zu beschreiten. Der Einspruch wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Punkt 3 betr. Vorlage des Gemeinderates bez. Wahlen. Unter diesem Punkt entpannt sich auch eine lebhafte Aussprache, an der sich von der Linken die GB. Matthes und Eichler mit heftigen Redewendungen beteiligten. Der Vorsteher erklärte, die Wahl ordnungsgemäß vorgenommen zu haben und bat die Vorlage abzuschließen. GB. Bartels sprach aus, daß man wenigstens den hellen Vorsteher als bestehendes Amtshausmöglich zu den Amtschüssen zulasse. Der Vorsteher der Osthessendorfer zu dem Wohlhaberausschuß erklärte der GB. Winkel, daß er keinen Grund sehe, die beiden Herren Grubel und Riecke aus dem Amtschuß wieder auszuschließen, da Herr Grubel als Vorsteher der Sächs. Höchstschule in den Wohlhaberausschuss und Herr Riecke als Vorsteher des Sportvereins in Jugendpflege und Jugendtätigkeit seien. GB. Grille wies daraufhin, daß in diesen Ausschüssen Vertreter der Arbeitslosen und der Klein- und Sozialrentner gehörten, denn diese würden doch in ihrer Lage von der rechten Seite nicht genügend unterstützt. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Vorlage gegen die Stimmen der Linken.

Punkt 4. Einspruch der SPD-Fraktion gegen die Wahlen des Vorsteher, Stells. Bürgermeister und Amtschüsse. Die Vorlage wurde durch die linke Fraktion ausführlich begründet, woran sich eine rege Aussprache entpannt. Der Einspruch wurde von den Rechten abgelehnt.

Punkt 5. Antrag der SPD. bez. Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes. GB. Eichler fordert in seiner Aussprache die rechte Fraktion auf, doch nun mal mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm hervorzutreten, und wie schon hier daraufhin, daß Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht von Punkt 8 abhängig zu machen, aber schnellbar sollte die Rechte überhaupt nicht für Arbeit sorgen. GB. Bartels macht das Arbeitsbeschaffungsprogramm in längeren Ausführungen vor der Finanzlage der Gemeinde abhängig und erklärt weiter, daß sich die Gemeinde in der heutigen Zeit nicht in Finanzschwierigkeiten begeben soll. Er weiß daraufhin, daß in erster Linie die Unterstützung für die Wohlhaberverbündeten bereit zu stellen ist und fordert von dem Gemeinderat eine genaue Vermögensübersicht. Von der GB. Frau Richter wird der rechten Seite vorgeworfen, daß sie die Not der großen Massen ja gar nicht kenne, denn sonst würde sie nicht so eine Verschleppungs-politik treiben. Diese Ausführungen widerlegt GB. Bartels mit krassen Worten, da er die Not schon sehr am eigenen Leibe gefühlt habe, und verweist den Antrag in den Ausschuß. GB. Grille kritisiert die Einstellung der Rechten und macht darauf aufmerksam, daß man früher auch nicht gefragt habe, woher das Geld gekommen sei. Hierzu gab der GB. Eichler das Arbeitsbeschaffungsprogramm der SPD. bekannt. Er erklärte, daß man sich mit einer Wasserwerbung und Belebungs einer Feuerwache, eines Feuerwehrgebäudes und einer Kleinstadtung mal eingehend beschäftigen müsse. Der Vorsteher Leibnitz erklärt, daß vor allen Dingen der Straßenbau in das Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgenommen werden müsse. Er wies dabei auf den Ausbau der Großenhainer und Langenberger Straße hin und daß gerade bei diesem Projekt sehr viele und vor allem auch alle Erwerbstätige älter Berufe Beschäftigung finden können. Nach längerer Aussprache bewilligte man dem Gemeinderat 2000 RM. Berechnungsgeld. Der Verwaltungsausschuss wurde ermächtigt, dieses Berechnungsgeld im Bedarfsfalle auf 3000 RM. erhöhen.

Punkt 6. Aufstellung einer Vermögensübersicht. GB. Winkel begründet diesen Antrag und erklärt dabei, daß es notwendig sei, eine solche Vermögensübersicht den GB. angängig zu machen, damit die alten Gerichte in der Öffentlichkeit betr. Wohlhaberverbündeten bereit zu stehen. In der Aussprache kommt es zwischen dem Vorsteher und GB. Eichler zu einem heftigen Wortwechsel, wobei GB. Eichler dem Vorsteher ein Ordnungsurteil erließ. Der Gemeinderat verucht sich in seiner Erklärung hinter das Gelei zu verschleiern. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Punkt 7. Einführung von Eintrittskarten für den Sitzerraum. Dieser Antrag wurde vom GB. Bartels begründet und darauf hingewiesen, daß es ordnungshalber notwendig sei, Eintrittskarten einzuführen. Hierzu sprach noch GB. Grille von der SPD. Der Gemeinderat schlug vor, daß von den 40 Plätzen je die Hälfte der Rechten und Linken aufgeteilt werden soll. Mit der Verteilung wurden die Fraktionen konfrontiert. 2 Plätze werden für die Presse reserviert. Die Plätze müssen von den Karteneinhabern 5 Minuten vor Beginn der Sitzung eingenommen sein. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Punkt 8. Antrag der Rechten bez. Anteilung von Gemeindeaufträgen an Gemeindeverordneten und Genossenschaften. Die linke Fraktion erklärt, hierzu keine Stellungnahme zu können und verzichtet unter Protesten den Sitzungssaal. Der Antrag wird von der Rechten angenommen. Der Gemeinderat erhebt hiergegen Einspruch, der in Abwesenheit der Linken abgelehnt wurde.

Punkt 9. Vorlage des Gemeinderates bez. Ortsgefech über die Wahlen zu Ehrenämtern der Gemeinde. Diese Vorlage wurde nach kurzer Aussprache in den Ausschuß verwiesen.

Schluss der Sitzung 1 Uhr nachts, nichtöffentliche wurde gegen 2 Uhr weiterberaten.

Reichswinterwetterdienst.

Geusenbergaue (Schles. Gebirge): Temp.: -2°, Schneehöhe 40 Centimeter, verhorstet, Sport möglich.

Gampelbaue: Temp.: -4°, Schneehöhe 25 Centimeter, vereist, Sport möglich bis gut.

Höhe Enke: Temp.: -2°, Schneehöhe 25 Centimeter, verhorstet, Sport gut.

Politische Tagesübersicht.

Auswärtiger Ausschuss nicht mehr vor den Wahlen. Wie das Nachrichtenbüro des B.Z. meldet, rechnet man in parlamentarischen Kreisen mit, daß der Auswärtige Ausschuss des Reichstags noch vor den Neuwahlen zusammentritt. Der Vorsitzende Reichsinnenminister Dr. Frank batte die übrigen Fraktionen von dem Wunsch der Sozialdemokraten und Kommunisten auf sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses unterrichtet. Er hatte die Rückfrage damit begründet, daß die Auschusshälften infolge der Wahlen wohl anderweitig in Anspruch genommen seien. Die übrigen Fraktionen, einschließlich der Zentrumsfaktion, haben denn auch den Standpunkt eingenommen, daß der Auswärtige Ausschuss jetzt nicht tagen solle. Damit dürfte die als Eventuell vorgesehene Einberufung durch denstellvertretenden Vorsitzenden Abg. Scheidemann (Soz.) gleichfalls wegfallen.

Reichskommissar Ruth übernimmt die Geschäfte. Wie der Amtliche Preußische Briefdienst mitteilt, hat Reichskommissar Ruth am Montag die Geschäfte des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung übernommen.

Verbot politischer Volksversammlungen und Umzüge in Ungarn. Durch eine Regierungsverordnung wird das Verbot der Abhaltung politischer Volksversammlungen und Umzüge wieder in Kraft gesetzt. Die vorübergehende Wiedereinführung dieses Verbotes hängt, wie das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Büro meldet, mit dem von der Regierung jüngst ins Leben gerufenen strengen Steuererordnungen zusammen, die die letzte Strafstrafreform Ungarns nicht nur zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, sondern zur Erfüllung seiner Verpflichtungen darstellen, gegen die von extremer Seite in einzelnen Teilen des Landes eine heftige Agitation einsetzt hat.

Bor einer Regierungsumbildung in Bayern? Der Vorsitzende der Reichsfaktion der Bayerischen Volkspartei, Abg. Wohlmutz, hat an die Landtagsfraktionen der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten und an die Landtagsgruppe der Deutschen Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die Entstehung des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei bezüglich einer Umänderung der bayerischen Verfassung hinweist. In diesem Brief des Vorsitzenden der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei darf man den ersten Schritt für die Einleitung von Verhandlungen zur Regierungsumbildung in Bayern erblicken.

Neues Wahlgesetz in Südtirol. In der innerpolitischen Lage Südtirols ist am Montag eine neue Wendung eingetreten. Der Wahlgesetzausschuß hat der Skupschina den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes überreicht. — In politischen Kreisen mißt man der Eile, mit der die Regierung die Neuwahlen vorbereitet, große Bedeutung zu. Man erklärt, daß die Wahlen bereits im März oder im April stattfinden sollen.

Koloman von Raanya zum ungarischen Außenminister ernannt. Die Ernennung des früheren ungarischen Generäls des Auswärtigen ist nunmehr vollzogen worden.

Sozialdemokratischer Antrag gegen die Auflösung der Kommunal-Parlamente. Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags wendet sich in einem Antrag gegen die Verordnung des Reichskommissars über die Auflösung der Verwaltungskörperschaften der Kommunen, Provinzen und Kreise. Diese Verordnung verleiht die durch die Reichsverfassung garantierte Selbstverwaltung der Gemeinden und die Rechte des Kreisstaates Preußen. Die Auflösung der Gemeindeparlamente, Kreistage und Provinziallandtage können nur durch vom Landtag zu erlassende Gesetze erfolgen. Die Verordnung sei daher rechtsgültig. Der Antrag verlangt die sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichskommissars.

Urgentanteilige Kürzung der Militärbezüge vom amerikanischen Senat beschlossen. Der Senat stimmte einer 10prozentigen Kürzung der mehr als 1000 Dollar jährlich betragenden Militärgehalter zu.

Zentrum gegen die Preußen-Maßnahmen.

Berlin. (Funkspruch.) Im Zentrumstreiten wird dem Nachrichtenbüro des B.Z. erklärt, daß Zentrum bei der Meinung, daß das jüngste Vorgehen gegen Preußen nicht der Verfassung entspreche. Die Zentrumspartei werde diele Aufstellung in einer morgen zur Veröffentlichung kommenden Kundmachung näher darlegen und sich dabei auf das Gutachten einer staatsrechtlichen Autorität stützen. Im Ständigen Ausschuß des preußischen Landtages, der heute abend zur Festlegung des Termins für die Landtagswahlen Stellung nehmen sollte, werde das Zentrum gleichfalls in einer Erklärung seine grundsätzliche Stellungnahme gegen die neue Verordnung darlegen und sich bei der Abstimmung, vorbehaltlich des Ergebnisses einer internen Aussprache am Nachmittag, wohl der Stimme enthalten. Was die neue Klage in Leipzig anlangt, so habe das Zentrum bisher nicht vorgeholt, sich an dem Streitverfahren zu beteiligen. Sobald der Ministerpräsident mit seiner Klage durchdringe, sei in der Auflösungsschlüssel des Dreimänner-Kollegiums ohnehin zurückgewiesen.

Die Haltung der Sozialdemokraten und der Kommunisten dürfte in diesen Fragen eine ähnliche sein.

Eine Entschließung der SPD.

Der Unterbezirksparteitag der SPD Groß-Dresden besuchte sich vor allem mit der Befreiung der gegenwärtigen politischen Lage. Reichstagsabgeordnete Tony Sender führte — der "Dresdner Volkszeitung" zufolge — u. a. aus, die Sozialdemokratie bleibe auf dem Verfassungsmöglichen Boden, aber nur so lange, solange man ihn nicht zerstöre. In dem Augenblick, in dem dies geschehe, habe die Sozialdemokratie die moralische und legale Pflicht, mit ihren Kampfmitteln den Einsatz zu wagen. Es wurde eine Entschließung gefasst, die sich gegen die bisherigen Maßnahmen der neuen Reichsregierung wendet und die kommunistische Arbeiterschaft aufruft, gemeinsam mit der Eisernen Front zu kämpfen.

Japan gegen die Beschlüsse des 19er-Ausschusses.

* Tokio. Am Montag abend hat sich das japanische Kabinett in Gegenwart von Vertretern des Heeres und der Flotte mit der Lage in Genf beschäftigt. Der Außenminister betonte, die japanische Regierung könne die Beschlüsse des 19er-Ausschusses nicht anerkennen. Das Kabinett billigte die Haltung der japanischen Abordnung in Genf vollkommen. Die Beschlüsse des 19er-Ausschusses würden, so wurde gezeigt, auf die militärischen Operationen in der Provinz Shensi keinen Einfluß haben.

Überwachungsausschuss aufgelöst.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichstagsausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat heute Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Löbe (Soz.) zusammen. Die Sitzung dauerte nur wenige Minuten. Vor Eintritt in die Beratungen erklärte Abg. Dr. Frank (NSDAP), daß seine Fraktion die Auflösung unmöglich machen werde, so lange Löbe den Vorsitz führe, da dieser im lippischen Wahlkampf den jüdischen Reichsflamboy Adolf Hitler in ungeheuerlicher Weise herabgewürdig habe. Er beantragte Unterbrechung der Sitzung, um einen neuen Vorsitzenden zu bestimmen. Da es dem Vorsitzenden Löbe nicht gelang, sich das Wort zu verschaffen, hob er die Sitzung auf. Nach einer halbstündigen Pause soll der Ausschuss erneut zusammentreten.

Nach halbstündiger Pause eröffnete Abg. Dr. Frank II (Nat. Soz.) alsstellvertretender Vorsitzender die Sitzung wieder, wobei er erklärt, er eröffne alsstellvertretender Vorsitzender die Sitzung wieder, da der 1. Vorsitzende innerhalb der für den Wiederbeginn der Sitzung bestimmten Zeit nicht erschienen sei. Er erklärte, daß er die Sitzung dieses Ausschusses auf unbestimmte Zeit vertage und daß neue Einladungen zu einer neuen Sitzung noch ergingen.

Die sozialdemokratischen Ausschusshälften waren zu der 2. Ausschusssitzung überhaupt nicht wieder erschienen. Auch von den Kommunisten war nur der Abg. Torgler anwesend.

Löbes Brief an den Reichstagspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Vorsitzende des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat an den Reichstagspräsidenten Göring folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung haben heute unter Führung des Abg. Frank II durch ununterbrochenes Schreien, Beschimpfen des Vorsitzenden und Drohung mit Gewalt verhindert, daß der Ausschuss in seine Beratungen einzutreten. Sie haben ferner gedroht, jede neue Sitzung des Ausschusses unter meinem Vorsitz mit Gewalt unmöglich machen. Ich bitte Sie deshalb, auf Grund Ihrer präsidialen Befugnisse dafür zu sorgen, daß ich die Wiederaufnahme der Beratungen in einer neuen Sitzung durchführen kann, die ich anzeigen werde, sobald Ihre Sicherung in meinen Händen ist. Da die Gegenstände der Beratung eilig und die Mitglieder des Ausschusses in Berlin versammelt sind, erbitte ich mir Ihren Bescheid noch am heutigen Tage.

Mit vorzüglicher Hochachtung ges. Löbe.

Wie das Nachrichtenbüro des B.Z. hört, beabsichtigt Abg. Löbe, den Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung an einer neuen Sitzung schon für Mittwoch einzuberufen. Er steht auf dem Standpunkt, daß die Vorgänge am Schluss der Sitzung seinerseits Bedeutung hätten und die Verhandlungen lediglich unterbrochen seien. Derstellvertretende Vorsitzende könne nur im Falle der Beihilfe der Vorsitzenden an dessen Stelle treten.

Deutsches Programm für die Abrüstungskonferenz. Deutschlands Gleichberechtigung soll umgangen werden.

* Genf. Die deutsche Abordnung auf der Abrüstungskonferenz hat nach mehrstündigen Beratungen in Übereinstimmung mit den nahelegenden Berliner Stellen ein Arbeitsprogramm für die Abrüstungskonferenz ausgearbeitet. Sie begrüßt die Vorschläge des englischen Arbeitsprogramms, um sie als Mittel der Beklebung der Arbeitsergebnisse anzusehen. Sie kritisiert jedoch an einer Reihe von wesentlichen Punkten. Das deutsche Arbeitsprogramm, das erst nach Überreichung an das Präsidium der Konferenz veröffentlicht werden soll, bringt den grundähnlichen deutschen Standpunkt zu den entscheidenden Hauptfragen des Abrüstungsproblems von neuem zum Ausdruck, lehnt den englischen Vorschlag einer mehrjährigen stufenweisen Herabsetzung der Rüstungen auf das entscheidende ab und verlangt dann eine weitgehende qualitative und quantitative Herabsetzung sämlicher Rüstungen. Selbstverständliche Voraussetzung eines jeden Abrüstungsbündnisses müsse die Beleidigung des Teiles V des Versailler Vertrages und die Erfüllung der bisherigen Entwaffnungsbestimmungen Deutschlands durch das künftige allgemeine Abrüstungsbündnis bilden. Die Sicherheit Deutschlands müsse in dem Abrüstungsbündnis nach dem Grade des Rüstungsstandes der Nachbarstaaten Deutschlands berücksichtigt werden. In dem deutschen Arbeitsprogramm wird das entscheidende Gewicht auf einen möglichst baldigen Abschluß der Konferenz und die Notwendigkeit zu positiven weitgehenden Ergebnissen gelegt.

Die deutsche Abordnung hat selbstverständlich bei der Ausarbeitung dieses Arbeitsprogramms in enger Abhängigkeit mit den Deutschland bestreuten Staaten Österreich, Ungarn, Bulgarien und auch Italien gestanden. Ferner wird noch vor der offiziellen Einreichung des Arbeitsprogramms eine engere Abhängigkeit mit der englischen Regierung erfolgen, deren Arbeitsprogramm in den nächsten Tagen in dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz behandelt werden soll.

Die Unterredung Radolm — Paul-Boncour.

* Genf. In der Unterredung vom Montag zwischen Paul-Boncour und Radolm ist, wie verlautet, die eingehende Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan erörtert worden. Hierbei ist der deutsche Standpunkt zum Ausdruck gekommen. Paul-Boncour soll jedoch auf die große Bedeutung hingewiesen haben, die die französische Regierung dem vorgeschlagenen Abkommen über gegenseitige Hilfmaßnahmen der Regierungen verleihe. Hieran soll jedoch von deutscher Seite ausdrücklich betont werden, daß irgendwelche Abkommen, die zu einer Festlegung der gegenwärtigen Zustände in Europa führen, für Deutschland völlig unannehmbar seien.

Litwinows Abrüstungsvorschlag. Weitgehende Forderungen Moskaus.

* Genf. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz setzte am Montag die Aussprache über den französischen Abrüstungsplan fort. Der griechische Landeskriegsminister ließ sich vernehmen, die Ergebnisse für Griechenland in einer langen Rede zum Ausdruck zu bringen, in der er den französischen Plan als eine Ideallösung schilderte. Er land hiermit lebhaftes Beifall eines großen Teiles des Hauses.

Der sowjetrussische Außenminister Litwinow schlug vor, als Vorbereitung für die Lösung der Sicherheitsfrage und damit der Abrüstungsfrage folgende allgemeine Richtlinien für die Deklaration der Kriegsverantwortlichkeit und des Angreifers anzunehmen: Als Angreifer soll nach dem sowjetrussischen Antrag bei einem internationalen Konflikt derjenige Staat erklärt werden, der den Krieg erklärt, ohne Kriegserklärung militärisch das Gebiet eines anderen Staates befreit, Küstenblockade verhängt und sonstige militärische Maßnahmen (Küstengriff, Bombardierung usw.) gegen einen anderen Staat ergriffen. Als Begründung für einen Angriff dürfen politische, wirtschaftliche und strategische Gründe, die Ausdehnung eines Gebietes, Schutz wirtschaftlicher Interessen, die Richterkenntnis eines anderen Staates, nicht gelten. Insbesondere wird als Begründung für einen Krieg nicht anerkannt: die innere Lage eines Staates, revolutionäre Bewegungen, politische und wirtschaftliche Geschäftsbüro, Streit, Bruch internationaler Verträge oder der diplomatischen Beziehungen, Bruch, Verweigerung der Schuldenanerkennung, Bruch von Privilegien oder Konzessionen, religiöse oder antireligiöse Maßnahmen, Grenzwisshälfte und Verbot der Wasserdurchfuhr.

Litwinow bemerkte hierzu, eine eingehende Behandlung der Sicherheitsfrage und der damit zusammenhängenden

politischen Fragen bedeute praktisch einen Verzicht auf Abrüstung. Falls man jetzt nicht zu einer Lösung der Sicherheitsfrage komme, müsse man feststellen, daß das Sicherheits- und Abrüstungsproblem für eine Lösung durch eine internationale Konferenz nicht geeignet sei. Die Abrüstungskonferenz müsse die von der Moskauer Regierung vorgeschlagene Bestimmung des Krieges und des Angreifers in das künftige Abkommen als eine "Magna Carta der Freiheit der Völker" eingliedern.

Der Vertreter der polnischen Regierung, Graf Radomski, setzte sich nachdrücklich für die Annahme des französischen Vorschlags ein, bedauerte jedoch, daß die Doktrin gewisser Mächte wenig Hoffnung auf die Durchführung dieses großen Planes bestehen lasse. Die polnische Regierung beantragte, daß die Konferenz zur Ausarbeitung eines Abkommens gelange, in dem das Verbot des Gas- krieges, des Bombenabwurfs, Beschränkung der Rüstungen und Abschaffung der privaten Waffenherstellung, Kontrolle des Waffenhandels aufgenommen würden.

Wie Deutschlands Gleichberechtigung umgangen werden soll.

* Genf. In den zahlreichen diplomatischen Begegnungen hinter den Kulissen, die mit dem Eintreffen des französischen Außenministers Paul-Boncour begonnen haben, wird gegenwärtig, wie die Telegraphen-Union erfaßt, lebhaft der Plan erörtert, angehoben des allgemein vorangestellten Scheiterns des französischen Sicherheits- und Abrüstungsplanes nunmehr an einem baldigen Abschluß der Abrüstungskonferenz zu gelangen. Man beabsichtigt, in den leitenden französischen Kreisen, möglichst noch bis Oktober dieses Jahres ein internationales Abrüstungsbündnis von der Konferenz annehmen zu lassen, das lediglich einige allgemeine Richtlinien enthält und im wesentlichen sich darauf beschränkt, die geringen bisher erzielten Ergebnisse auf dem Gebiet des Verbots des Gaskrieges, Bombenabwurfs und der Kontrollfrage zusammenzufassen. Die Hauptfragen der Konferenz, die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen und die Lösung der Sicherheitsfrage sollen auf die zweite Etappe der Abrüstungskonferenz verschoben werden. Damit soll die erste Etappe der Abrüstungskonferenz mit einer Gelungsdauer bis 1938 abgeschlossen sein. Die Verhöhlung der deutschen Sicherheit und Gleichberechtigungsforderungen soll mit dem Hinweis auf die weiteren Etappen der Abrüstungskonferenz abgeschlossen werden!

Damit treten die längst erwarteten Pläne der Gegenseite am Tage, um die deutsche Regierung in die Zwangslage zu bringen, entweder ein sachlich für Deutschland untragbares, den Entwaffnungszustand des Versailler Vertrages praktisch mindestens für fünf weitere Jahre aufrecht zu erhalten Abrüstungsbündnisse obzulichen oder vor der Weltöffentlichkeit die Verantwortung für den ergebnislosen Ausgang der Konferenz zu übernehmen.

Auf deutscher Seite wird selbstverständlich diesem hinter den Kulissen betriebenen Manöver mit größter Schärfe mit dem Hinweis entgegentreten werden, daß die Abrüstungskonferenz nach dem Völkerbundspakt die Aufgabe habe, zu einer entscheidenden Abrüstung anzuregen und jeder Versuch, eine Kompromißlösung zu finden, mit der Feststellung des Bruches des international bindenden Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung beantwortet werden wird. Die weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz müssen im Hinblick auf diese Vage vom deutschen Standpunkt als außerordentlich kritisch angesehen werden.

Abrüstung nicht Aufrüstung!

* Berlin. Der Arbeitsausschuß für die deutsche Ausdehnung zur Abrüstungskonferenz hielt gestern abend im Vierstaahtsal des früheren Herrenhauses eine Versammlung ab, die sich mit dem Ergebnis der Genfer Abrüstungskonferenz beschäftigte. Oberst von Dreyse forderte die Gleichberechtigung Deutschlands und die Wiederherstellung der nationalen Sicherheit. Frau Dr. von Belsen gab eine Schilderung der Arbeit der deutschen Gruppe in Genf.

Professor Dr. Sigmund Schulze vertrat die deutsche Forderung nach allgemeiner gleichmäßiger Abrüstung. Frau Dr. Schülershermes hob hervor, daß Deutschland ohne Waffen und Finanzen der Welt vorgelebt habe, eine große Nation allein durch geistige und fiktive Kräfte zu sein.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung forderte die Versammlung beschleunigte Abrüstung mit demselben Nachdruck, mit dem sie sich gegen die Aufrüstung der abgerückten Staaten wandte.

Läufigkeitsbericht des FAD.

Der Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst in Sachsen teilt mit: Die Mannschaft des FAD ist durch den starken Rückenbruch Ende Januar auf 10 400 zusammengekommen; selbst eine umfassende Vorlage für geeignete Winterarbeiten hatte dem nur zum Teil Einhalt tun können, da der innere Wert des FAD nicht durch Überrechnungen seiner wirtschaftlichen Grenzen in Frage gestellt werden darf. Das Bild der Baustärke in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken verschiebt sich jetzt zugunsten der Bezirke mit einer großen Zahl geschlossener Vögel, in denen die Durchführung der Aufgaben im höheren Maße gewährleistet ist. Dresden und Riesa stehen mit 1289 bzw. 1055 Arbeitsdienstwilligen an der Spitze, dann erst folgen Leipzig und Plauen mit 796 bzw. 758 Arbeitsdienstwilligen.

Bezirkstag

des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Bezirk Großenhain.

Um 5. Februar 1933 fand in Riesa der ordentliche Bezugstag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Bezirk Großenhain, in Riesa statt. Der vorliegende Kamerad Kuhmert eröffnete 9.30 Uhr den Bezirkstag und hieß die Delegierten und Gäste herzlich willkommen. Im besonderen begrüßte er die Vertreter des Wohlfahrts- und Jugendamtes Riesa, Herrn Verwaltungsdirektor Günther, Herrn Verwaltungsdirektor Grohmann, Herrn Hefel, vom Bezirksfürsorgeverband Großenhain, Herrn Weißner, vom Bezirk Weißen des Reichsbundes war Kamerad Küchenmeister und von der Ortsgruppe Dresden, die Kameradin Thiemann und Voigt als Gäste erschienen. Als Gauvertreter war Kamerad Unger vom Gauvorstand anwesend. Bevor in die Tagessitzung eingetreten wurde, gebührte der vorliegende in der Verantwortlichkeit verstorbenen Kameraden und Kameraden und legte gleichzeitig das Gelübde ab, das die Organisation mit allen Mitteln für die Hinterbliebenen einzutreten wird.

Im Vordergrund der Bezugstagung stand ein Referat des Kameraden Richter, Dresden, "Die Kriegsopferversorgung und ihre Gefahren." Der Referent versuchte, es vorzutragen, keine Darlegungen mit Zahlen zu beweisen. Die Kriegsopferversorgung läuft sich bis in das Jahr 1809 zurückverfolgen. Fast nach jedem Kriege leichte eine Veränderung der Kriegsopferversorgung ein. Im Vordergrund dieser Versorgung stand der sogenannte Ehrenfeld. In den Unglücksjahren 1806 und 1807 wurde die Offiziersversorgung auf die Hölle herabgestuft. Eine bessere Versorgung, die einem Rechtsanspruch ähnlich war, wurde erst nach dem Kriege 1871 geschaffen. Allerdings ließ sich dieses Versorgungsrecht mit dem heutigen Versorgungsrecht und dem heutigen Sprachgebrauch nicht vergleichen. Erst durch die Schaffung des Mannschaftsversorgungsgelehrtes 1906 wurde eine Rechtslage geschaffen. Die Gerichte konnten aber damals noch den Mannschaftsversorgungsgelehrten 06 zu einer der wichtigsten Fragen, zur Frage der Dienstbeschädigung keine Stellung nehmen. Im Jahre 1917 haben unter Kameraden Rittner, Berlin, und Kohmann, Stuttgart, den ersten Aufruf zur Gründung unserer Organisation erlassen. Im Vordergrund dieses Aufrufs stand die Parole: "Nicht Dant, sondern Recht". Diese Forderung rief damals eine Beifürchtung in den mächtigsten Stellen hervor. Sie schieden vor Verbote und Einschränkungen unserer Tätigkeit schrecklich man nicht zurück. Erst als im Jahre 1920 das Reichsversorgungsgelehrte geschaffen wurde, erfolgte eine einwandfreie Beurteilung der Kriegsfolgen jedes einzelnen. Es gelang, das Versorgungsrecht verschiedentlich zu ändern und Verbesserungen aufzunehmen. Jedoch traten im Jahre 1930 durch die Notverordnungen wesentliche Verschlechterungen ein, die in einer rigorosen Art und Weise zur Durchführung kamen. Die Helden des Weltkrieges empfand man als nutzlose Rostgänger des deutschen Reichs. Man lernt die Helden des Weltkrieges zu vergessen. Aus dem Vortrag war zu erkennen, dass die Versorgung verbessert wurde, sofern die Vollverantwortung fließt auf die Beauftragung gewann. Neuordnung soll die Kriegsopferversorgung vom Reichsarbeitsministerium auf das Reichsverteidigungsministerium übertragen werden. Durch solche Umstellungen wird die Not der Kriegsopfer bestens gelindert, sondern die Umstellung gibt zu außerordentlichen Bedenken Anlass. Im Reichsarbeitsministerium war die Kriegsopferversorgung eine Hauptaufgabe des Ministeriums. Im Reichsverteidigungsministerium diente die Kriegsopferversorgung zu einer nebenständlichen Aufgabe hin. Der Redner berichtete aber, dass der Reichsbund auf seinem Posten sein wird, um mit allen gesetzlichen Mitteln die Interessen der Kriegsopfer wahrzunehmen. Dem Vortragenden wurde reicher Beifall gesetzt.

Im zweiten Tagessitzungspunkt berichteten die Fürsorgeausschussmitglieder, die Kam. Schaub, Riesa und Kam. Müller, Beithain über die Tätigkeit ihrer Zuständigkeiten vorzugeben. Kamerad Müller, Beithain fragte besonders darüber, dass beim Bezirksfürsorgeverband die Fürsorgeausübungslösungen außerordentlich eingeschränkt sind. In der Kritik kam allgemein zum Ausdruck, dass vom Bezirk nachgeprüft werden soll, ob in dieser Weise die Wirkung der Kriegsopfer als gesichert angesehen werden kann. Kam. Schaub, Riesa, berichtete, dass in Riesa immer noch die Möglichkeit besteht, nennenswerte Erfolge zu erzielen. Eine Meinungsverschiedenheit trat in letzter Zeit über die Beziehung des Einbruchsausschusses ergeben. Die Bechwerde beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium führte zum Schlag. Die Neuwahl wurde vorgenommen. Das Stadtverordnetenkollegium Riesa hat dann beschlossen, dass die Kriegsopferorganisationen ihre Mitgliedschaften momentan noch zuweisen haben, damit die Verteilung der Sige nach den Bestimmungen vorgenommen werden können. Neben diese Angelegenheit entpann sich zwischen dem Kameraden Schaub, Herrn Verwaltungsdirektor Günther und dem Kameraden Kuhmert eine lebhafte Auseinandersetzung.

Im dritten Tagessitzungspunkt erstattete Kamerad Kuhmert den Geschäftsbericht über die Jahre 1931/32. Der Geschäftsbericht war den Delegierten schriftlich vorgetragen. Aus dem Bericht war erkennbar, dass in der Berichtszeit eine erhebliche Arbeit geleistet werden musste, die ehrenamtlich ausgeübt wird. In der Berichtszeit wurden 7524 Schriftstücke bearbeitet und an 2855 Mitglieder Reichsausfälle erteilt. In der Mitgliederbewegung waren 17 Todesfälle zu verzeichnen, an deren Hinterbliebene R.M. 1530.— Sterbeallunterstützung gezahlt wurden. Die Abgänge in der Mitgliederbewegung sind aus notariellen Rückgang zurückzuführen und dessen sich prozentual mit der Statistik des Reichsarbeitsministeriums über den Rückgang der Kriegsopfer. Der Geschäftsbereich mit den in Frage kommenden Behörden kann als gut bezeichnet werden. Die Einrichtung auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge findet in der finanziellen Not der Gemeinden ihre Ursachen. Der Ratsbericht kann ebenfalls als gut bezeichnet werden und schloss mit einer Bilanz von R.M. 2843.54 ab.

Einträge lagen von der Ortsgruppe Beithain zu 8 13 des Kriegsopfervereinsbundes vor. Der Antrag wurde angenommen und soll dem Bundestag zugeleitet werden. Die Neuwahl des Bezirksvorstandes brachte keine Verände-

Die sächsische Industrie — in Erwartung.

Dresden. Zu der Ernennung der neuen Reichsregierung schreibt die "Sächsische Industrie", das Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, unter der Überschrift "In Erwartung":

"Ein neues Reichskabinett ist ernannt. 20 Kabinette sind im republikanischen Deutschland bisher gekommen und gegangen. Raum hat es aber seltsam nur 48 Stunden bis zur Bildung eines neuen gedauert. Das es nicht wochenlangen Verhandlungen bedurfte, ist ein Plus für die neue Regierung.

Die vorgenommene ernste Ausbildung des Reichstages — die dritte Neurose innerhalb kurzer Zeit sieht nun mehr davon — bedeutet für die Wirtschaft, die unbedingt Ruhe braucht, eine starke Belastung. Mit der Neuwahl ist jedoch als unabdinglich zu rechnen. Es möchte dann aber auch das Ergebnis dem Einfach entsprechen, denn sonst wird die erforderliche Verabredung und Konkordierung in politischer Beziehung wieder nicht erreicht.

Dem neuen Kabinett füllt eine ungeheure grohe Verantwortung zu, wie selten einem anderen, politisch wie wirtschaftlich. Die Regierung muss sich besser voll bewusst sein. Politisch steht außerordentlich viel auf dem Spiel, wirtschaftlich nicht minder. Ein Ver sagen darf es nicht geben. Denn was wäre die Folge? Alle, die es angeht, sollen dies bestätigen.

Am letzten Tagessitzungspunkt wurden noch verschiedene Anträge gegeben und die Tagung konnte von den Vorliegenden mit einem Applaus, der Organisation auch weiterhin die Treue zu halten, geschlossen werden.

Aus dem Wahlkampf

Der sächsische "Wehrwolf" für Hitler

Im Rahmen einer völkischen Veranstaltung der Marschabteilung Westsachsen in Ronneburg und Gera fand eine von den Ortsgruppenleitern Sachsen besuchte Landesversammlung statt. Landesvorsitzender Schick et al. in Leipzig erklärte, dass die Wehrmacht im Landesverband Sachsen entsprechend ihrer antiparlementarischen Einstellung Wahlenthaltung üben. Sie geben jedoch dem Führer der NSDAP dann ihre Stimme, wenn Hitler in seiner Eigenschaft als Reichskanzler und damit als Inhaber der Regierungsgewalt die in seinem bisherigen Kampf durch Wort und Schrift aufgestellten Forderungen seiner Bewegung nicht weiterhin nur als Wahlparole beibehält, sondern durch Sofort-Maßnahmen mit deren Durchführung beginnt.

Außerordentliche Tagung des sächsischen Zentrums

Der Landesvorstand der Sächsischen Zentrumspartei hatte keine Bezirks- und Ortsgruppenvorsitzenden zu einer außerordentlichen Tagung nach Dresden einberufen, in der zur politischen Lage und dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf Stellung genommen wurde. Die Versammlung stellte sich einstimmig hinter die Führer der Zentrumspartei. Als Spitzenkandidat für die drei sächsischen Wahlkreise wurde einstimmig Reichskanzler a. D. Dr. Brüning aufgestellt.

Protest des Zentrums

Wie aus führenden Zentrumskreisen verlautet, wird die Zentrumspartei des Preußischen Landtags gegen das Vor-gehen der Reichsregierung einen juristisch formulierten Pro-test erheben.

Neubesetzung der Disziplinargerichte.

Das Gesamtministerium hat die Neubesetzung der Disziplinargerichte vorgenommen, die durch Ablauf der Amtszeit der bisherigen Mitglieder notwendig geworden war. In der Hauptstelle sind die bisherigen Mitglieder wieder ernannt worden. Neueramt wurden: zum stellvertretenden Vorsitzenden des Disziplinarhofes für den Ministerialrat Schröder im Justizministerium, Senatspräsident Franke vom Oberlandesgericht; zu Mitgliedern des Disziplinarhofes: für den Ministerialrat Michael im Wirtschaftsministerium und den Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Schmidt die Ministerialräte Dr. de Guevara im Wirtschaftsministerium und Weber im Finanzministerium; zu stellvertretenden Mitgliedern: für den Eidgenossen Brandt und den Polizeimajor Thierig im Ministerium des Innern der Oberregierungsrat bei der Kreishauptmannschaft Dresden-Bautzen, Dr. Neumann, der Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, das bisherige stellvertretende Mitglied der Disziplinarfammer, Oberbotenmeister Wille, im Ministerium des Innern und der Ministerialrat im Ministerium für Volksbildung, Dr. von Zimmermann; zum Mitglied der Disziplinarfammer: für den Ministerialrat Dr. Wegner im Finanzministerium das bisherige stellvertretende Mitglied Landgerichtsrat Dr. Wettel-Dresden; zu stellvertretenden Mitgliedern: für den Verwaltungsinspektor Grohberg-Dresden, den Polizeihauptwohntmeister Junghahn-Dresden und den Oberbotenmeister Wille im Ministerium des Innern der Oberverwaltungsinspektor Böhler-Dresden, der Dampfbootführer Koch-Dresden, der Oberlandesgerichtsrat Dr. Schulze und der Verwaltungsinspektor Weber-Dresden.



Großer Müllau
ist jetzt
windig frisch,

Seit im Geschäft das Bürochen „Go.“
für neuen, guten Umsatz sorgt —
denn „Go.“ ist die vereinte Kraft!
Wer hat den tüchtigen „Go.“ beforgt,
der Müller die Moneten sorgt?

(Wer anders als die kleine Anzeige im Riesaer Tageblatt, die Teilberichte und Kapitalbeschaffungen rasch und direkt erscheint?)

Noch immer lang unter Appell, gerichtet an die massgebenden Regierungsstellen und an alle Kreise des deutschen Volkes, dahin aus:

Stetige und entschlossene Politik im Innern und nach außen, keine partizipatorischen Experimentierkünste an der Wirtschaft, zielflare und zielbewusste Wirtschaftspolitik mit überzeugendem Bekanntnis zur freien Wirtschaft, kräftige Entwicklung der privatwirtschaftlichen Initiative, keine Staatsinteressen in die Privatwirtschaft, Wiederherstellung der Selbstverantwortlichkeit der freien Unternehmerpersönlichkeit.

Diese Forderungen, von der Wirtschaft von jeher betont und mit Nachdruck vertreten, von der Staatspolitik leider nicht genügend gewürdigt, gelten gegenüber jeder Regierung, sie heißt, wie sie will. Diese Forderungen erfüllen, bedeutet den Unternehmer instand setzen, Arbeit zu schaffen, Arbeit zu geben, eine heile Entwicklung der Wirtschaft zu gewährleisten und damit dem Volksgenossen dienen.

Die sächsische Industrie erwartet von einer neuen Regierung Anerkennung und fairen Förderung einer gesunden Privatwirtschaft im allgemeinen im besonders schwierigen und nachhaltigen Unterhaltung in ihrer überaus schwierigen Lage als eines höchst bedeutsamen Grenzlandes wichtiger Wirtschaftsfaktor, der neben einem starken Binnenmarkt ausschlaggebend auf Export angewiesen ist."

Das Urteil im Posen-Denkmal-Prozeß.

Unerhörte Strafen für die Führer des Deutschland-Bundes.

Posen. (Hinweis.) Das Posen-Oberlandesgericht, vor dem heute als Berufungsinstanz zum vierten Male die Verhandlung gegen die Führer des Deutschland-Bundes stattfand, hat alle Strafen der ersten Instanz bestätigt. Oberleutnant Gräbe und fünf Angeklagte erhielten je sechs Monate Gefängnis, drei Angeklagte je drei Monate Gefängnis, ein Angeklagter zwei Monate Gefängnis und eine Angeklagte einen Monat Gefängnis. Den letzten fünf Angeklagten wurde eine dreijährige Bewährungsstrafe aufgelegt. Gegen das Urteil wird Berufung beim höchsten Gericht in Warschau eingemeldet werden.

Der Staatsanwalt hatte 1930 gegen Oberleutnant Gräbe und mehrere andere führende Mitglieder der deutschen Minderheit in Polen und Pommern Anklage erhoben, weil sie an dem zur Wahrung der Minderheitenrechte im Jahre 1922 gegründeten Deutschland-Bund beteiligt gewesen sind. Die Anklage behauptete, dass sie zum Widerstand gegen das Militärabschiebungsgesetz aufgerufen hätten und legte einige der Angeklagten zur Last, dass sie Nachrichten, die im Interesse der Landesverteidigung gehimmtahmen waren, angeblich sich in der Absicht verbreitigt haben, sie zugunsten einer ausländischen Regierung zu benutzen. Das Bezirksgericht verurteilte im April 1930 elf Angeklagte zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Monat. Am Juni 1931 hatte das Appellationsgericht in Posen, das erstaunliche Urteil im wesentlichen bestätigt. Das Oberste Gericht in Warschau erklärte in einem Revisionssachen die Schuld mehrerer Angeklagter als bewiesen. Wegen des Strafmordes wurde das Urteil der Vorinstanz in vollem Umfang aufgehoben. Die Verhandlung wurde zur Behandlung der übrigen Punkte an das Appellationsgericht in Posen zurückverwiesen. Dort wurde heute das obenerwähnte Urteil gefällt.

Das Explosionsunglück bei Renault.

Die Zahl der Toten noch unbekannt. — 40 Schwerverletzte.

* Paris. Wie ergänzend zu dem schweren Explosionsunglück in den Automobilwerken von Renault verlautet, ist das Unglück auf die Explosion eines großen Kessels zurückzuführen. Das Dach des Kesselhauses wurde durchschlagen und die Eisen- und Mauersteine stürzten auf ein danebenliegendes Fabrikgebäude, in dem einige hundert Arbeiter beschäftigt waren. Das Gebäude stürzte unter der Wucht der Sprengteile zusammen und begrub die Unfallstlichen unter den Trümmer. Die Feuerwehr und die gesamte Belegschaft arbeiteten fleißig an der Befreiung der Trümmer, aus denen heraus man das Söhnen der Vermummten hörte. Mehrere hundert Arbeiter konnten bereits geborgen werden. Außer den bereits gemeldeten acht Toten muhten 40 Schwerverletzte ins Krankenhaus überführt werden. Die Gesamtzahl der Opfer übersteigt 100. Nach den Angaben der Arbeiter soll die Zahl der Toten wesentlich höher sein als acht, da noch eine ganze Anzahl der in dem zusammengebrüllten Gebäuden beschäftigten Arbeiter lebten, von denen man annimmt, dass sie unter den Trümmern begraben liegen.

Die Unglücksstelle wird von einer noch Tausenden zählenden Menschenmenge umlauft, die in Ungewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen auf Nachrichten warten. Mütter und Väter, Brüder und Schwestern laufen besorgt umher. Hat die gesamte Pariser Sanitätskolonne befindet sich an der Unglücksstelle und immer wieder verlassen. Note-Kreuz-Wagen mit Verletzten das große Ausgangstor. Die Unglücksstelle wird von Polizei stark bewacht. Die Wahrnehmungen der Katastrophen werden voraussichtlich erst nach den Abendstunden bekannt werden, wenn es gelungen ist, sämtliche Trümmer zu befreien. Die Ursachen sind noch nicht bekannt, wahrscheinlich dürften sie aber auf das Verlegen eines Sicherheitsventils an dem explodierten Kessel zurückzuführen sein.

Zur Entführung des niederländischen Panzerschiffes.

* Amsterdam. Wie der Berichterstatter des Telegraaf meldet, herrschte am Sonntag in Soerabaja (Java) im Zusammenhang mit der Entführung des Panzerschiffes die Besorgnis, dass das Bulverkader durch rohstoffe Elemente in Besitz genommen werden könnte. Es sind jedoch entsprechende Schutzmaßnahmen getroffen worden. Vor sämtlichen Marinämenten stehen Offiziere mit der Waffe in der Hand auf Posten. Zu Bulverkader ist es jedoch nicht gekommen.

Die Ereignisse in Niederländisch-Indien haben dazu geführt, dass in dem holländischen Kriegsschiff Den Helder ancheinend von kommunistischer Seite aus verucht wird, unter den Angehörigen der Marine Unruhe zu stiften. In Blättern wird zum Aufsehen gebracht. Der und Marine werden aufgefordert, Soldatenräte zu bilden und dem Beispiel der Engländer zu folgen. Um revolutionären Elementen den Gang nach Den Helder unmöglich zu machen, sind besondere Schutzmaßnahmen ergriffen worden.

Steigen der Arbeitslosigkeit in England.

* London. Nach der am Montag abend veröffentlichten Anzeige im Riesaer Tageblatt, die Teilberichte und Kapitalbeschaffungen rasch und direkt erscheint)

(Wer anders als die kleine Anzeige im Riesaer Tageblatt, die Teilberichte und Kapitalbeschaffungen rasch und direkt erscheint)

Die Beerdigung des Hauptwachtmeisters Jaurits.

Oppeln. (Funkspruch.) Auf dem katholischen Friedhof von Ottmachau wurde heute unter starker Teilnahme der Bevölkerung der in Berlin erschossene Hauptwachtmeister Jaurits zu Grabe getragen. Unter dem Sarge marschierte die lokale SA, unter Führung von Gruppenführer Heines sowie Abordnungen des Stahlhelms unter Führung von Herrn von Scotty. Am Trauerzug befanden sich ferner Abordnungen der Kriminalpolizei, der Landespolizei, der oberösterreichischen Stadtpolizei, sowie eine Abteilung der Berliner Polizei, die am Grabe des Verstorbenen drei Ehrensalut abgab. Bei der Beilegung selbst kam es zu einem kleinen Zwischenfall. Geistlicher Rat Gause, der die Trauerrede hielt, sagte, Jaurits sei in treuer Pflichterfüllung gestorben. Das deutsche Volk sei zu bestimmen, in dessen Namen sich solche Dinge ereignen könnten. Als der Geistliche u. a. sagte, der Grundzustand der deutschen Führung dürfe nicht sein: "Wilst Du nicht mein Bruder sein, schlag ich Dir den Schädel ein. Wenn man nicht guten Willen folgen wolle, dann sollten eben Köpfe rollen," wurde er durch lautes Husten aus den Reihen der Teilnehmer unterbrochen. Geistlicher Rat Gause erwiederte, sich den Nationalsozialisten und Stahlhelm-Angehörigen zuwenden: "Natürlich, und wenn Sie noch so husten! Ich sehe hier als Ründer der Wahlheit!"

16 Seiten Klage. 53 Seiten Briefwechsel.

Berlin. (Funkspruch.) Von maßgebender Stelle der Regierung Braun wird dem Nachrichtenbüro des BdZ mitgeteilt:

Die Klage des Landes Preußen gegen das Reich und den Reichskommissar ist heute morgen gegen 11 Uhr im Büro des Staatsgerichtshofs beim Reichsgericht überreicht worden. Die Klage umfasst 16 Seiten.

Der Klageantrag lautet: Der Staatsgerichtshof möge erkennen: Die zur Herstellung geordnete Regierungsherrlichkeit in Preußen erlassene Verordnung vom 6. Februar 1933 steht mit der Reichsverfassung nicht in Einklang und ist daher ungültig.

Der Klageschrift ist in einem Anlagebande von 53 Seiten der Schriftwechsel beigefügt, der vom Oktober 1932 bis zum 6. Februar 1933 zwischen dem preußischen Staatsministerium und der Reichsregierung und dem Reichskommissar über die Durchführung des Leipziger Urteils vom 25. Oktober 1932 geführt wurde.

Darüber, ob mündliche Verhandlung stattfinden soll oder nicht, ist in den preußischen Anträgen nichts gesagt.

Hitler wieder in Berlin.

Berlin. Reichskanzler Hitler ist heute Dienstag wieder in Berlin eingetroffen. Am Sonnabend wird er bei der Eröffnung der Deutschen Automobilausstellung eine kurze Ansprache halten.

Das dänische Königspaar in Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) Das dänische Königspaar ist heute vormittag in Berlin eingetroffen. Der König stattete dem neuen Reichspräsidenten einen privaten Besuch ab. Anschließend werden der König und die Königin beim Reichsausenminister das Frühstück einnehmen. Das dänische Königspaar reist heute abend nach Cannes weiter.

Keine neue Zinskontrolle.

BdZ. Berlin. In einer Unterredung mit einem Vertreter des "Berl. Volksanzeigers" äußerte sich Reichsminister Dr. Hugenberg über die wirtschaftspolitischen Pläne der neuen Regierung, insbesondere über die Frage, wie sich die Regierung zu weiteren Zinsentlastungen stelle. Der Minister betonte, daß an Überfällen Experimenten die Zeit ebensoviel angeht sei wie zur Passivität. Er bitte, davon auszugehen, daß alles falsch sei, was in diesen Tagen über wirtschaftspolitische Ablichten geschildert werde, wenn es nicht von ihm komme. Insbesondere schwören jene schlecht beraten zu sein, die jetzt auf unseren Rentenmarkt drücken. Zwangseingriffe in die bestehenden Zinsvereinbarungen, so erklärte Dr. Hugenberg, wie sie die Dezembernotverordnung des Kabinetts Brüning enthielt, entsprechen meinen wirtschaftspolitischen Auffassungen ebensoviel, wie sonstiges Herumtun des Staates in Dingen, die sich organisch aus sich selbst entwickeln können. Das Staat und Wirtschaft an einer organischen Entfaltung des übermäßig hohen Zinsfußes gleichmäßig interessiert sind, bedarf keines Wortes. Auch für den Gläubiger ist die so oft bedrohte Sicherheit des Sparkapitals wichtiger als die Höhe des durch die organische Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Zinsfußes. Darauf gibt es in Wahrheit keinen Gegensatz zwischen Schuldnern und Gläubigern. Ihr gemeinsames Interesse besteht in der Wiederherstellung der Sicherheit, d. h. des Vertrauens.

Noch keine Übergabe des Panzerkreuzers „Seven Provinces“.

Meuterer rufen: "Alles wohlau".

Haag. (Funkspruch.) In zuständiger Stelle ist nicht das gelungene davon bekannt, daß der Panzerkreuzer "Seven Provinces" von den Meuterern bereits übergeben worden sei. Zeitungsmeldungen, in denen dies im jetzigen Zeitpunkt schon berichtet wird, werden als unwahrscheinlich bezeichnet.

An der Verfolgung des meuternden Panzerkreuzers nehmen jetzt außer dem Regierungspanzer "Aldebaran" ein Minenleger, zwei U-Boote und drei Marineschiffe teil. Die "Aldebaran" wird durch den Regierungsdampfer "Eridanus" abgelöst werden, der den Befehl befolgen hat, dem Meutererschiff nachzufeuern.

Anzuhören sind auf dem "Aldebaran" zwei weitere Funksprüche des Meuterers aufgenommen worden; der eine zielt mit, daß die Besiegung der "Seven Provinces" nur eine Protektionabgabe gegen die Befolgsungsfürzung durchführe und bereit sei, sich unter bestimmten Bedingungen zu ergeben. Diese Bedingungen seien u. a. Straffreiheit für die Meuterer vor, die sich andererseits für die Sicherheit der anfangen genommenen europäischen Offiziere verbürgen wollen. In dem zweiten Funkspruch wird die genaue Position des Schiffes angegeben und mitgeteilt, daß alles wohlau ist.

Großer amerikanischer Frachtdampfer in Seenot.

New York. Wie aus Portland (Oregon) gemeldet wird, ist ein amerikanischer Frachtdampfer und Pazifik-Schiffer von 9.000 Tonnen mit 45 Mann Besatzung mit einer Bruderschädigung auf dem Wege von Portland via Panama nach London in Seenot geraten. Es handelt sich der Pazifikküste S.S.-Rute aus. Der Maschinenraum und die Deckenbauten brennen. In der Nähe befindliche Schiffe sind zu Hilfe gerufen.

Rundfunk für Einheitsfront

Der Erweiterte Vorstand des Deutschen Rundfunks besprach die verschiedenen Möglichkeiten einer Beteiligung des Rundfunks an der Wahl vom 5. März. Es kam allgemein die Auffassung zum Ausdruck, daß ein Zusammengehen aller Gruppen des nationalen Lagers in einer nationalen Einheitsfront den Erfordernissen der Lage entspreche. Ein Zusammengehen mit der Mitte, wie der Deutsche Nationalverein es propagiert, wurde einmütig abgelehnt.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 6. Februar 1933.

Sich selbst gestellt.

Berlin. (Funkspruch.) Der frühere Gerichtsassessor Dr. Kluft, der verdächtigt ist, in die Autoschiebungsfäkte des flüchtigen Caféhausbesitzers Erban verwickelt zu sein, und der zuletzt in der Kanzlei des verhafteten Reichslandrats Meyer tätig war, bat sich, wie Berliner Blätter melden, heute freiwillig dem Untersuchungsrichter gestellt.

Hofbefehl gegen zwei Breslauer Nationalsozialisten.

Breslau. (Funkspruch.) Das Breslauer Amtsgericht hat gegen die beiden im Zusammenhang mit der Todung des Studenten Steinsfeld am Sonntag festgenommenen Nationalsozialisten Haftbefehl erlassen. Die Staatsanwaltschaft wird Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung beantragen.

Verbot kommunistischer Versammlungen in Wien.

Wien. (Funkspruch.) Die für heute abend von der kommunistischen Partei wegen der Vorgänge in Deutschland angemeldeten Versammlungen unter freiem Himmel und die Anmärkte zu einer Versammlung im Dreher-Saal mit dem Thema "Gegen den Faschismus" ist von der Polizeidirektion aus Gründen der öffentlichen Sicherheit verboten worden.

Die holländische sozialdemokratische Presse für Militärpersonen verboten.

Haag. (Funkspruch.) Der Minister zur Landesverteidigung hat alle Blätter sozialistischer Richtung in die Hände der Schriften aufnehmen lassen, die Militärpersonen der See- und Landmacht nicht in ihrem Besitz haben dürfen und die in den Kasernen, Marinestationen und auf dem den Militärbehörden unterstehenden Gelände nicht verbreitet werden dürfen.

30 000 Bergleute in Asturien streiken.

Madrid. Am Koblenzgebiet von Asturien in Nordwestspanien sind 30 000 Bergarbeiter am Montag in einen von den sozialistischen Gewerkschaften proklamierten Streik getreten. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Brüderneinfurz durch Eisgang

Wien, 7. Februar. Infolge des durch das plötzliche Tauwetter auf der Donau entstandenen Eisgangs ist eine große Pontonbrücke, die seit etwa 50 Jahren den gesamten Fußgänger- und Fahrtverkehr von Melk nach dem nördlichen Donauraum vermittelte, mit grohem Krachen eingestürzt. Eine Pionierabteilung ist mit Errichtung eines Notverkehrs beschäftigt, der aber erst in etwa einer Woche fertiggestellt werden dürfte.

Vermischtes.

Er-Oberbürgermeister Boch als Zeuge. Der frühere Berliner Oberbürgermeister Dr. Boch trat am Montag als Zeuge in dem großen Korruptions-Prozeß auf, der gegen den früheren Direktor der Berliner Müllabfuhr-Gesellschaft (Bemag) geführt wird. Dr. Boch erklärte, er sei seit der Gründung der Bemag deren Aufsichtsratsvorsitzender gewesen und habe dort Lettow als tüchtigen Mann kennengelernt, der das volle Vertrauen des Aufsichtsrats genoss. Trotzdem seien aber alle Vorschläge Lettows kritisch geprüft und verworfen worden und der Aufsichtsrat habe keineswegs aus bloßen Hoffnungen bestanden. Von seinem Plan, ähnliche Gesellschaften, wie die Bemag in Hamburg und Magdeburg zu gründen, habe Lettow den Aufsichtsrat allerdings erst nachträglich unterrichtet; aber diese Pläne hätten auch nichts mit dem Geschäftsbereich zu tun.

Umsteigen in der Lust. Auf dem Vorberwagen eines Schwiebahnzuges in Wuppertal entstand kurz vor der Einfahrt in die Haltestelle Westfeld ein Kurzschluß, wodurch Leder in Brand gerieten. Der Brand entzündete starke Rauchwolken, wurde jedoch sehr schnell vom Zugpersonal und Werkfeuerwehr gelöscht. Die Fahrgäste des vorherigen Wagens stiegen hoch in der Lust durch einen Notausgang in die hinteren Abteile um. Verletzt wurde niemand.

Schäßbrieger Wädchen rettet zwei Männer. Eine besonders mutige Rettungstat vollbrachte die leibliche Tochter des Hauptwachtmeisters Woltz in Lohne (Oberfranken). Sie zog unter eigener Lebensgefahr zwei Knaben, die auf dem Eis eines Weihs eingebrochen waren, aus den Fluten.

71-jähriger Heiratschwindler. Vor dem Schöffengericht in Nordhausen hatte sich der 71 Jahre alte Theodor D. wegen Betrugs und Urfundentäuschung zu verantworten. Als D. der sich als fruchtlos bezeichnet, aus Amerika nach Deutschland zurückgekehrt, verbrachte er in Nordhausen einer 85-jährigen Witwe die Ehe. Er stellte sich als "President of United Fruits Company, New York" vor und deutete an, daß Geld für ihn überwaupt keine Rolle spiele. Briefbogen mit dem Weltkettensymbol legte er vor, die Witwe sollte eine entsprechende Zeile und Titel sowie ein Scheinfach bekräftigen. Alles war jedoch Schwundel. Die Witwe und mehrere ihrer Verwandten brachten heute den Verlust nombrater Geldsummen, die Mr. D. ihnen abzunehmen verstand. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Kunst und Wissenschaft.

Im Dresdner Central-Theater wird allabendlich die große Revue-Doretté "Morgen geht's uns gut", die bei Preise und Publikum einen geradezu sensationellen Erfolg gefunden hat, zur Aufführung gebracht. Wer ein paar Stunden ungestrichener Freude erleben und einmal vollkommen die Sorgen des Alltags vergessen will, der muß sich dieses einzündende Werk ansehen. Die Preise der Plätze sind derzeit niedrig gehalten (50 Pf. bis 2,50 Mark), doch auch der Kinderbemittelste ist und seinen Angehörigen den Besuch dieser Vorstellung leisten kann. — Um auch den auswärtigen Theaterbeuchern Gelegenheit zu geben, dieses Werk kennenzulernen, finden an jedem Sonntag, nachmittags 5 Uhr, Fremdenvorstellungen von "Morgen geht's uns gut" in der vollständigen Abendbeleuchtung statt. — Das Weihnachtsmärchen "Schneewittchen und Holunderrot" wird an jedem Mittwoch nachmittags 5 Uhr und an jedem Sonntag nachmittags 2½ Uhr zur Wiederholung gebracht.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 8. Februar.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

15.20: Selbsthilfe gegen den Arger. — 15.35: Volksfest-Duelle. — 15.45: Hermann-Böll-Konzert. — 16.15: Als Puppenspieler auf Fahrt. — 16.30: Aus Helsingborg: Orchesterkonzert. — 17.30: Wenn wir ein Tagebuch geführt hätten... — 17.45: Die Aussichten des Werkstudenten. — 18.05: Violinmusik. — 18.30: Helga Stegwee liest eigene Dichtungen. — 18.55: Die Funf-Stunde teilt mit... — 19.00: Stimme zum Tag. — 19.10: Beim Zauberer Tortüsel. — 19.30: Amerikanische Orchestermusik. — 19.55: Unterhaltungsabend. — 21.00: Die nicht im Programm stehen. — 22.00: Wetter, Tages- und Sportnachrichten. — Das nach bis 24.00: Tanzmusik.

Königswusterhausen.

10.10: Schulfunk: Deutsche Brüder in Ägypten. — 11.30: Bekämpfung von Blattwespen und Schädlingen. — 15.00: Verbilligte Produktion durch zweimalige Düngung. — 15.45: Ricardos: "Graf Wort und die Prinzessin von Raffau-Ufingen". — 16.00: Vierstimmige für die Gesundheit. — 16.30: Konzert. — 17.10: Streifzüge durch das Straf- und Bürgerliche Gesetzbuch. — 17.30: Shakespeares und die Politik. — 18.00: Vierhändig Klaviermusik. — 18.25: Zeitdienst. — 18.40: Vierstimmige Kunstschrift. — 19.00: Französischer Sprachunterricht. — 19.35: Unterhaltungsmusik. — 20.00: Shakespeares "Cordelia". — 22.00: Berliner Programm. — Anschließend bis 0.30: Aus London: Tanzmusik.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin

Getreide und Getreidearten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark

	6. Februar	7. Februar
Weizen, männlicher,	188,00—190,00	188,00—190,00
per Oktober	—	—
per Dezember	—	—
per März	207,00—207,25	207,00—207,50
per Mai	209,00—209,50	209,00—208,50
Tendenz:	stetig	ruhig
Roggen, männlicher,	154,00—156,00	154,00—156,00
per Oktober	—	—
per Dezember	—	—
per März	167,25—167,75	167,25—166,50
per Mai	169,50—169,75	169,00—168,50
Tendenz:	ruhig	abgedämpft
Gerste, Braunerste	185,00—175,00	185,00—173,00
Ritter- und Industriegetreide	158,00—164,00	158,00—164,00
Wintergerste	—	—
Tendenz:	stetig	matt
Hafel, männlicher	116,00—118,00	115,00—118,00
per Oktober	—	—
per Dezember	—	—
per März	129,00—129,50	129,00—128,00
Tendenz:	stetig	ruhig
Weizen, rumänischer	—	—
Plata	—	—
Tendenz:	—	—
Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin br. incl. Saat (feinsten Mahlen über Rottka).	22,65—25,90	22,65—25,90
Roggenmehl per 100 kg, fr. Berlin br. incl. Saat	20,00—21,90	19,90—21,90
Weizenkleie frei Berlin	8,10—8,50	8,10—8,50
Roggenkleie frei Berlin	8,70—9,00	8,70—9,00
Wiesenkleie-Melasse	—	—
Mayo	—	—
Steinkast	—	—
Wittstockerchen	20,00—23,00	20,00—23,00
kleine Schweizerchen	19,50—21,00	19,50—21,00
Buttermilch	12,00—14,00	12,00—14,00
Uderbohnen	12,00—13,50	12,00—13,50
Widen	12,50—15,00	12,50—15,00
Lupinen, blaue	13,50—15,50	

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

II. Handball im Turngau Nord Sachsen.

VfL "Reichsbahn" I. — Amt. Niesa I. 4:1 (2:1).

VfL "Reichsbahn" Abteilungsmeister der 1. Kl. Staffel C.

Der Kampf ist aus. Das schwerste und zugleich entscheidende Treffen der Staffel C ist beendet. Die Reichsbahner konnten ihr leichtes Vantiviel sicherer als das Ergebnis befürchtet, gewinnen. Es ist ihnen gelungen, ihren stärksten Widerlocher im entscheidenden Kampf aus dem Heile zu schlagen. Von der "Schwarzen Plak" nicht spielbar war, hatten sich beide Mannschaften bereiterklärt, das Spiel auf der Hindenburg-Rampe auszutragen. Amt. hat Anwurfs und kommt gleich gefährlich vor das Tor der Reichsbahner. Über die Hintermannschaft wehet ab. Der Kampf wort auf und ab, ohne das zählabige Ergebnis erzielt werden. Da bricht der Mittelstürmer den Raum, er kann freistehend sicher verwandeln. Nur danach ist es der Halbdreieck, welches ein weiteres Tor für Reichsbahnen vorlegen kann. Aber kurz darauf kommen die Auer durch ihren Einsatz zu ihrem ersten Tor, und niemand hätte geahnt, daß dies auch das einzige für sie bleiben sollte. An diesem Tore ist die Verteidigung nicht ganz schuldblos. Sie hatte sich scheinbar noch nicht so richtig oneinander gewöhnt. Aber unentwegt wird weiter gespielt und der Ausgleich hängt mehrere Male in der Luft. Über die Reichsbahner können ihr Heiligtum bis zur Halbzeit reinhalten. Bei diesen Ständen werden die Seiten gewechselt. Nach Wiederanpfiff drückt der Amt. noch einmal stark, um den Stand zu verbessern, kann aber nichts erreichen. Was fragt sich allgemein, ob die schwache Viertelstunde für die Reichsbahner kommt? Nein, Sie lamen nicht, Sie war in diesem Spiel vergeben! Wie eine Maschine arbeitet die Mannschaft, von Mann zu Mann geht der Ball, und schöne Angreife werden vorgetragen. Es macht sich durch das flüssige Abspiel eine merliche Überlegenheit der Reichsbahner bemerkbar. Amt. dagegen verachtet, dem Glaub im Angriffen. Sein eigener Schaden. Endlich kommen die Reichsbahner zu einem weiteren Erfolg, durch Strafwurf erhöhte der Halbdreieck. Hier gab sich nun schon ein großer Teil der Auer geschlagen, und es ist noch gnädig abgängen, daß die Reichsbahner nur noch zu einem Erfolg durch ihren Rechtsdauern kamen. Bei der Elf des Siegers sah man so gut wie keinen Verlager, jeder gab sein Bestes, und jeder wußte in auch um was es ging. Es war ein Vergnügen zusuzusehen, wie die kleinen Reichsbahner ihren Gegner wieder und wieder zu ihrer ganzen Entfaltung zwangen. Der Torwart der Reichsbahner hielt trotz keiner gleich nach Beinam exzellente Verteidigung großartig. Er gab manche Abaktionade zum Besten. Sein Gegner über stand ihm aber auch nicht nach, ihm hat es keine Mannschaft zu verdanken, daß die Niederlage nicht höher ausfiel.

Hoffen wir, daß die Reichsbahner in den kommenden Entscheidungsspielen mit genau demselben Kampfwillen ins Spiel gehen, dann werden sie auch kein leicht zu nennender Gegner sein. — Waldau-Dartha, leitete das Spiel einwandfrei und sicher, er hat auch einen großen Anteil an dem guten Verlauf des Spiels.

Die Verbands Spiele 1932/33 sind im Niesaer Kreis bis auf die Spiele in Wermendorf beendet. Die neuen Staffelbestimmungen sind:

1. Klasse: VfL "Reichsbahn" Niesa I.

2. Klasse: Turnverein Niesa-Weida I.

Jugd.-Klasse (Staffel C): Allgemeiner Turnverein Niesa.

Jugd.-Klasse (Staffel D): Turnverein Niesa-Weida.

Die Tabellen ergeben folgendes Bild:

Tabellenstand:

1. Klasse — Staffel C.

	Spiele	gew.	nunm.	wert.	Tor	Punkte
VfL "Reichsbahn" Niesa I.	12	8	2	1	79:31	20:4
Amt. Niesa I.	12	9	3	3	104:49	18:6
To. Niesa I.	11	6	2	3	70:43	14:8
To. Niesa-Gröba I.	12	6	—	6	60:64	12:12
Amt. Wermendorf I.	10	4	—	6	33:56	8:12
To. Röderau I.	11	2	—	9	45:103	4:18
To. Beithain I.	12	2	—	10	26:70	4:20

2. Klasse — Staffel C.

To. Niesa-Weida I.	10	8	—	2	34:21	16:4
To. Niesa-Gröba 2.	10	6	1	2	34:19	13:7
VfL "Reichsbahn" Niesa II.	10	6	1	3	28:20	13:7
To. Niesa 2.	10	5	1	4	39:28	11:9
To. Beithain 2.	10	2	—	8	26:42	4:16
To. Gröbitz I.	10	1	1	8	17:45	3:17

Jugendklasse — Staffel C.

Amt. Niesa	8	5	—	2	29:19	10:2
To. Beithain	7	4	—	3	22:28	8:4
Amt. Wermendorf	6	1	—	5	24:30	2:8
To. Niesa	7	1	—	6	11:41	2:8
To. 47 Oschatz (Gastell)	6	6	—	—	39:7	—

Jugendklasse — Staffel D.

To. Niesa-Weida	6	5	—	1	58:11	10:2
To. Niesa-Gröba	6	5	—	1	39:16	10:2
To. 48 Lommatzsch	6	1	—	5	15:33	2:10
To. Röderau	6	1	—	5	8:31	2:10

To. Niesa-Weida: Staffelbestemannschaft. 85.

Ostfälischer Fußball.

Sportfreunde Freiberg — VfB. Chemnitz 3:3.

Die Freiberger Sportfreunde hatten in Freiberg den VfB. Chemnitz zu Gast, der in der mittelfränkischen Liga an 8. Stelle in der Meisterschaftstabelle steht. Die Mannschaften waren sich ebenbürtig, und die Schlussdreierte waren auf beiden Seiten der beste Mannschaftsteil.

Teplitzer FZ. und Austria Wien in Dresden.

Die beiden bekannten Vereinspielermannschaften der Tschechoslowakei und Österreich werden an den österräten wieder einmal in Dresden an den Start gehen. Am Karfreitag hat der DSC die Elf von Austria Wien zu Gast, während am Ostersonntagabend Ring-Greiling die Teplitzer Mannschaft erwartet. An einem der beiden Feiertage wird voraussichtlich Breitenfeld, Kreisfeld, eine der führenden Mannschaften des Niederrheinbezirkes, in Dresden spielen.

Der Fußball-Länderkampf Deutschland-Frankreich ist nun endgültig auf den 19. März verschoben worden und findet in Berlin statt.

Zur Fußball-Weltmeisterschaft 1934

haben 12 Nationen ihre Meldung abgegeben und zwar Deutschland, Frankreich, Italien, Ungarn, Österreich, Belgien, Schweiz, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen, Rumänien und Spanien. Meldefrist ist am 28. Februar.

ES. Nidrik.

Die 1. Elf verliert in Großenhain 0:6.

Die 1. Elf verlor gegen Großenhain 0:6. Dieses letzte Verbandsspiel wurde nach Großenhain verlegt. Dies war auch auf so; denn bei diesem aufgeweichten Boden wurde dadurch der Nidrik Platz verschont. Dieses Spiel durfte auf seinem Platz so hoch verloren werden. Ein 4:3 Sieg der 97er wäre gerecht gewesen. Nidrik spielte zuerst mit starkem Winde und war im Vorteil. Aber es wurde wieder zu wenig geschossen. Der Seiner spielte sehr hart, wollten es die Nidrikler mitmachen, dann wurde geschossen. Der Tormann wurde tüchtig bearbeitet, manchmal recht gefährlich, nur umgedreht gab es nichts. Die 2. Halbzeit war Großenhain im Vorteil, Hohmann hatte viel Arbeit. Mit den Händen wurde er ins Tor gehoben. Als Burlhardt den Schiedsrichter, allerdings nicht in höflicher Form, darauf aufmerksam machte, muhte er das Feld verlassen. Großenhain legt weiterhin große Härte ins Spiel, um die Meisterschaft zu sichern. Hollmäder wird bei einem Abgang geholt, aber es folgt kein Glückschlag. Es war eben nichts zu machen. Für Müller spielte Hollmann im Tor. Er hielt vorsätzlich, wenn er auch mit etwas Glück vielleicht 2 Tore halten konnte. Für Schiedsrichter Heinrichs - VfB., war Bisch - Spiels. Dresden angefeindet worden. Dass er als Leiter des Spieles so viel irrite, gefiel uns nicht.

Die Auen verloren nach gleichwertigem Spiele durch Handelsmeister mit 2:4.

Birger Nuud siegte am Alschberg.

Das wegen des Tauwetters zunächst abgesagte Pokalturnier des Winter Sportvereins Alschberg wurde am Sonntag auf der C. A. Seydel-Schanze doch noch durchgeführt, und zwar in der inoffiziellen Form eines Komradenschaftspokals. Der Niedriger Birger Nuud bewies seine außerordentliche Klasse; er siegte in Klasse 1 mit der ausgezeichneten Note von 350,00 und stand drei prächtige Sprünge von 45, 49,5 und 50 Meter. Zweiteter wurde Walter Glog (1), Klingenthal, vor Paul Schneider. Von den jungen Springern erhielt der Jungmann Kurt Satiller-Alschberg mit 324,5 die beste Note.

Die FJS.-Wettkämpfe in Innsbruck

wurden am Montag mit dem Abfahrtslauf über 11 km eröffnet. Der Start befand sich in 2500 m Höhe und das Ziel in 800 m Höhe bei Zirl. Bis auf die letzten zwei Kilometer waren die Schneeverhältnisse sehr gut, hier jedoch mussten die Läufer über schneefreie Weite und weiße Wachstellen. Von 182 gemeldeten waren nur 110 am Start. Sieger wurde der Innsbrucker Hans Bauer in 18:05,6 vor seinem Landsmann G. Bautchner in 18:07 und dem Schweizer Abfahrtkönig David Bogg in 18:13,2. Der beste Deutsche war Wenzel von Hafo, der als 26. einkam.

Das Berliner Reitturnier

wurde am Sonntag abend vor ausverkauftem Hause beendet. Mit dem Jagdwettbewerb um den Preis der Sieger gab es noch eine wertvolle Prüfung. Nur Golo (Döhl) und Der Mohr unter A. & H. Haase, einem jüngeren Bruder des bekannten Oberleutnants, sprangen fehlerlos und traten zum Stechen um den Sieg an. Der Mohr vollbrachte die gleiche Leistung, trok erhöhter Hindernisse nochmals und wurde so GesamtSieger des Wettkampfs.

Radsport.

Beim Frankfurter Schätzgerennen

schieden mit Buchenbogen und dem Schweizer Richt zwei der stärksten Fahrer wegen Sturzverletzung aus. Ihre Partner Schön und Ties bildeten eine neue Mannschaft, die sich zusammen mit Rauli-Bünenburg an die Spitze des Feldes setzten. Eine Runde zurück folgten Böbel-Körkleier, Allian-Püschel und die Italiener Severini-Brusciani. Am Montag nachmittag wurden die Franken Broccardo-Becquey aus dem Rennen genommen, weil sie trop vorheriger Aufforderung sportlich ebenso wenig zeigten wie bisher. Die Direktion steht auf dem Standpunkt, daß man von der bestbesetzten Mannschaft etwas mehr verlangen könne als nur Passivität.

Das Schätzgerennen in Stuttgart

das durch das polizeiliche Rauchverbot lange Zeit in Frage gestellt war, soll nun doch in der Zeit vom 17. bis 23. Februar stattfinden. Mit Vincari-Dinalo, Gebr. van Kempen, Funda-Maiborn, Tieh, Härtgen und Göbel wurden auch schon die ersten Fahrer verpflichtet.



Die Opernpremiere im Berliner Opernhaus brachte einen aufgeregten Aufgangserfolg, sodass man sich entschlossen bat, am kommenden Sonntag wiederum Dauerrennen mit Mehe, Möller und Savall zu veranstalten. Der Held des Tages war Mehe-Dortmund, der in allen von ihm bestrittenen Rennen leichter Sieger blieb. Etwas schwieriger war der zweite Platz, Savall war eben von einer schweren Grippe wieder verfestigt und konnte nur den Endau der Unterlegen an sich bringen.

Kurze Sportmeldungen.

Mitteldeutschland Amateurboxer verzichten.

Der mitteldeutsche Amateurboxerverband hat es sehr geachtet, sich mit der Neuaustragung der vom Reichsverband angewandten Wiederholungswettkämpfe aus der Pokalsaison einverstanden zu erklären. Damit ist Brandenburg der Sieg zugeschlagen sowie die Berechtigung, die Pokalsukzurrei gegen Oberösterreich zu bestreiten.

Trainingspiel der Dresdner Handballmannschaft.

Um der Dresdner Handballmannschaft, die am 19. Februar in Dresden auf den deutschen Meister VfB. Weissenfels trifft, Gelegenheit zur Vorbereitung zu geben, hat der Bau Gütsch für den 12. Februar, vormittags 11 Uhr, nach dem Dresden-Dresden-Vorstellung an der Teplitzer Straße ein Trainingspiel gegen die stellstarke Dresden-Elf angelegt.

Die Weissenfeler Polizisten haben für den 19. Februar ihre starke Mannschaft angekündigt, die folgendes Aussehen hat: Rück; Seehaus, Correns; Schröder, Groböse, Schneider; Höhle, Poprawa, Seiler, Lindner, Haase. Bereits am 12. Februar tragen die Weissenfeler in Leipzig ein Spiel gegen die Leipziger Städtemannschaft aus.

Tisch-Tennis-Weltmeister

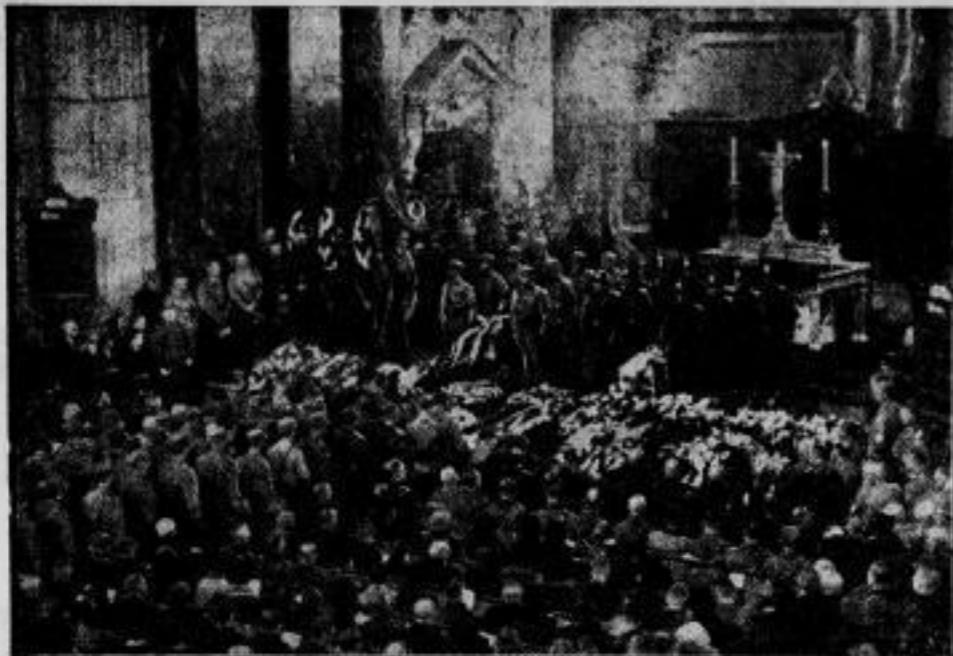
wurden bei den in Wien ausgetragenen Rämpfen durchweg Unentschieden. Bei den Herren verteidigte Baena seinen Titel erfolgreich und auch den Damen setzte sich Tel. Sipos erneut durch. Im Herrendoppel fiel der Titel an Barros-Giac, im Damendoppel waren Frau Mednyansky-Tel. Sipos erfolgreich und im Gemischten Doppel dominierten Frau Mednyansky-Nelen.

Händel und Volkswirtschaft.

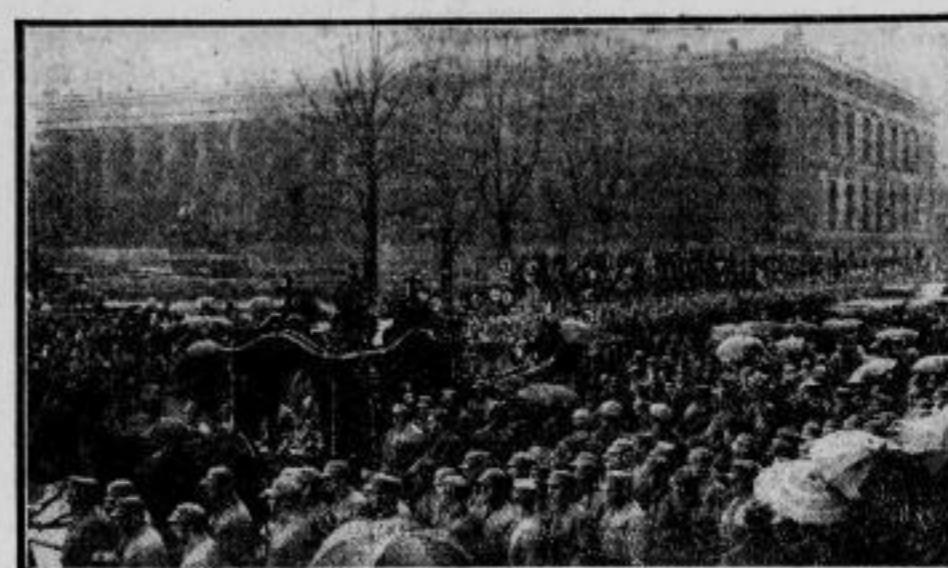
Dresdner Börse vom 6. Februar. Verschwindend misst die schwache Betonung des Anteilemarktes und der Reichsbankanteile, die 11 Prozent verloren. Sach. Bodencredit minus 1,5 Prozent, Strohsack 4,5, Stettiner Chammotte 3, Diehl 8, Siemens 3,5, Deutsche Ton und Kötig je 2 Prozent niedriger. Schöfferhof 2 Prozent, Rügi 3 Prozent höher. Von Anleihen verloren Alteisig 2,7, Neubeisig 0,4, Reichsbank 0,5 Prozent. Von 1929 5 Prozent, Pfandbriefe 1 bis 2 Prozent schwächer.

Leipziger Börse vom 6. Februar. Überwiegendes Angebot füh

Vom Staatsbegräbnis für die Opfer der historischen Nacht.



Die Trauerfeierlichkeiten im Berliner Dom.



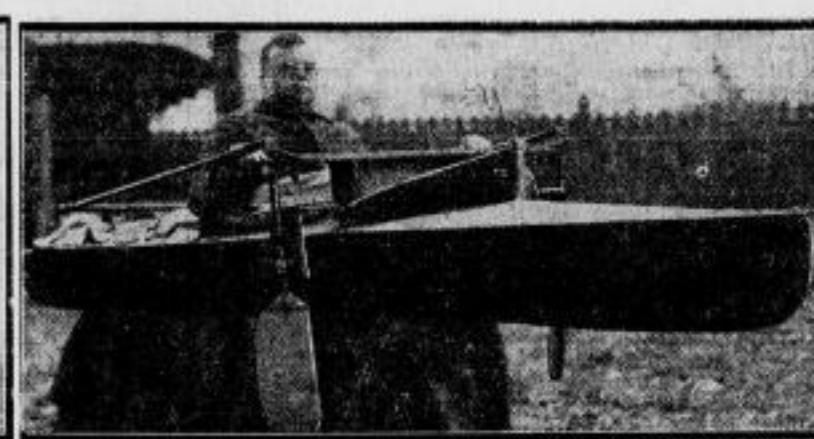
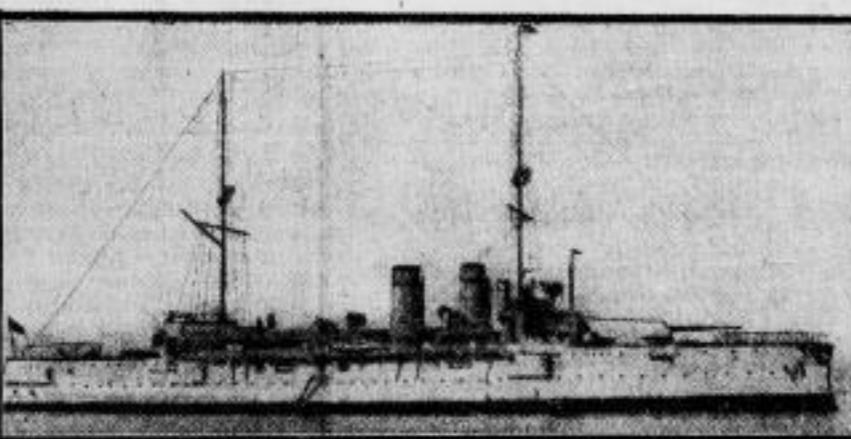
Der Trauerzug am Reichstag.

Untere Reihe von links nach rechts:
Der Bürgermeister von Stahlberg von einem Kommunisten erschossen.

Der Erste Bürgermeister von Stahlberg, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hermann Kasten, wurde im Anschluß an eine politische Demonstration von einem 17-jährigen Kommunisten erschossen.

Meuterer entführen niederländisches Küstenpanzerschiff.
Eines der größten Kriegsschiffe Hollands, das in Niederländisch-Indien stationierte Küstenpanzerschiff "De Zeven Provincien", ist von aufständischen Matrosen entführt worden. Die Meuterer entwaffneten, als der Kapitän mit der Mehrzahl der Offiziere an Land war, die zurückgebliebenen Offiziere, bestiegen die Kessel an und fuhren mit dem Schiff davon.

Ein neues Antriebsmittel für Boote.
Ein Berliner Ingenieur-Student hat einen neuen Schiffsantrieb konstruiert, der sich an die Seitenflossen gewisser Hochseetiere anlehnt und bereits günstige Ergebnisse gezeigt haben soll.



Bon links: Schahshelmameraden, die auch an den Trauerfeierlichkeiten teilnahmen — Adolf Hitler nach der Feier im Dom — die Beisetzung des SA-Führers Maistowitsch auf dem Invalidenfriedhof — Reichsmarschall Göring und der ehemalige Kronprinz, wohnten auch dem Staatsbegräbnis bei.



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Und Mario war ihr dankbar dafür. Um so dankbarer, als er durch die plötzliche Abreise von Rüssingen und die Unmöglichkeit, mit Lore von Hunius zusammenzutreffen, doch bedrückt war. So empfand er Sonjas liebevolles und heiteres Wesen wie eine Beschwichtigung.

Es gab auch kaum Zeit, über private Dinge nachzudenken, denn schon eine Stunde nach seiner Ankunft hatte er eine längere Besprechung mit Mister Saxon, der ihm das Manuskript in die Hand drückte und ihn aufforderte, bis zum nächsten Morgen sich mit der Rolle, die man ihm zugesetzt hatte, vertraut zu machen.

Auch Breittner war auf Sonjas Bitte hin Mario mit etwas gezwungener Freundlichkeit entgegentreten. Und in den gemeinsamen Besprechungen, die bald nach Marios Ankunft einsetzen, waren die künstlerischen und geschäftlichen Interessen des ganzen Kreises viel zu groß, als daß man auf persönliche Spannungen zurückkommen könnte.

Mario las die ganze Nacht hindurch das Filmmanuskript. Er ging mit heißen Kopf in seinem lugurösen ausgestatteten Zimmer auf und ab, machte sich Notizen, überlegte und formte schon im Geiste die ganze Gestalt des Helden in dem neuen Filmdrama: „Das Geheimnis des roten Riffs.“

Vor seinen Augen erstand die Gestalt des Ernst wie plastisch. Der Schaffensrausch ergriß ihn mit der alten Intensität.

Erst gegen Morgen legte er sich ein paar Stunden zum Schlafen hin. Jedoch erschien er pünktlich um elf Uhr zur festgesetzten Zeit in den Privaträumen Saxons, um die weiteren Besprechungen zu führen. Man sah ihm die turpe

Nachtruhe nicht an. Seine klaren Augen leuchteten vor Energie und Schaffensfreude, um seinen Mund lag der willensstarke Zug, den Sonja von der gemeinsamen Arbeit her genau kannte.

Sie lächelte befriedigt. Sie hatte Mario da, wo sie ihn haben wollte. Wenn man ihm eine Rolle gab, die seiner Wesensart entgegenkam, dann vergaß er alles andere.

Und Sonja hatte recht damit. Die Begegnung mit Lore von Hunius trat in Mario zurück. Er war auch darin ein richtiger Mann, daß die Arbeit in erster Linie bei ihm stand. So empfand er, als er seinen Brief an Lore ungedrosselt zurückwarf, wohl einen Augenblick einen Schmerz. Aber als er Sonjas Augen mit einem leidenschaftlichen und verzlangenden Blick auf sich gerichtet sah, steckte er den Brief in die Tasche und machte eine unwillkürlich abschließende Handbewegung. Vielleicht war es besser so. Vielleicht war es gut, daß er sich nicht in eine neue Liebe verstrickte, die ihm nur Schwierigkeiten und Konflikte mit Sonja gebracht hätte.

Er hatte jetzt keine Zeit für so etwas. Vor ihm stand die große Aufgabe. Und bei dieser Aufgabe war Sonja Petzky, mochte sie sonst sein, wie sie wollte, eine Gefährtin und Mitarbeiterin, wie es keine zweite auf der Welt gab. Zudem verauslichte ihr ihre Schönheit, die hier in der herrlichen Umgebung noch größer denn je erblühte, wieder vollends.

Als Sonja ihn abends, als sie allein waren, mit ihrer lockenden, leidenschaftlich durchbebten Stimme fragte: „Nun, Mario, bist du mit zufrieden?“, da umschlang er sie mit der heißen Glut, die er früher für sie empfunden. Und in dem heißen Kuß, in den sie sich einschmiegte, verlor sie die Erinnerung an zwei schneue, braune Augen und einen herben, blassen Mädchenmund.

* * *

Die letzten Septemberrosen streuten ihren schwermütigen Duft in den Gärten des Karlsbads, als Lore von Hunius zur Abreise rückte.

Auf dem Karlsbad war es still geworden, denn in Bad

Kissingen waren nur noch Nachzügler von Badegästen geblieben, die in dem stillgevordenen Badeort ihrer Behaglichkeit und Gesundheit lebten. Der Schwarm der Gäste, der in den Frühlings- und Sommermonaten das Bad bevölkerte, war längst heimgekehrt. In den Hotels bereitete man sich auf das Ende der Saison vor.

Leni Bindermann war die Verlobte Doctor Häbers geworden, der an einem Sonntagvormittag herausgekommen war, um bei Herrn Bindermann um Leni anzuhalten. Gedacht hatte man die Verlobung noch nicht veröffentlicht. Doctor Häber wollte erst seine Ernennung zum Badkommissar abwarten, die zum nächsten Saisonbeginn erfolgen sollte. Trotz doch der bisherige Kommissar, ein älterer Herr und Freund Bindermanns, nur in den Ruhestand. Doctor Häber wollte seinem bevorstehenden Urlaub beitreten, um daheim mit den Eltern über seine Wahl zu sprechen. Und Leni sollte ihm nachfolgen, um Häbers Eltern in der süddeutschen Kleinstadt kennenzulernen.

Lore von Hunius war die erste, die abreiste. Mit sanfter Entschiedenheit hatte sie abgelehnt, noch länger als Gast auf dem Karlsbad zu bleiben. Die Nachrichten, die von ihrem Bruder Horst kamen, lauteten immer trostlos.

Horst von Hunius hatte es nicht verstanden, sich nach der Insolation, die seinem Geschäft eine Scheinblüte gebracht, umzustellen. Immer noch hatte er versucht, den Schein aufrechtzuhalten und den reichen Mann zu spielen, der er längst nicht mehr war.

Er hatte sein Glück auf der Rennbahn und im Spielclub versucht. Allmählich aber war er aus seinen Kreisen in Gesellschaftsschichten gegliedert, die weit unter ihm standen. Es war schon so weit gekommen, daß mancher seiner ehemaligen Kameraden auf der Straße den Kopf zur Seite wandten, wenn sie Horst von Hunius begegneten. Er war ein Mensch geworden, mit dem man sich nicht mehr gern zeigte.

Lore von Hunius hatte keine Ahnung, in welchen Kreisen sich das Leben ihres Bruders in Wahrheit abspielte.

Mordprozeß Kriebel.

Am Montag begann unter starkem Andrang des Publikums vor dem Dresdner Schwurgericht der Mordprozeß Kriebel, der bekanntlich vom 27. Oktober bis 2. November 1932 bereits einmal verhandelt worden war, aber kurz vor der Urteilsverkündung abgebrochen werden mußte, weil einer der Richter plötzlich erkrankte. In der heutigen Verhandlung, für die zwei Wochen vorgesehen sind, führt Landgerichtsdirektor Dr. Knoll den Prozeß. Die Anklage vertritt wiederum Staatsanwalt Bange. Die Verteidigung der bläßlichen Angeklagten, Frau Charlotte Kriebel, führt Rechtsanwalt Dr. Fleischhauer. Der mitangestellte 38 Jahre alte Kaufmann Felix Nowicki wird von Justizrat Dr. Frengel verteidigt. Zu dem Prozeß sind diesmal 80 Zeugen geladen worden. Die Beweisaufnahme wird erheblich umfangreicher sein als bei der letzten Verhandlung. Die Anklage ist bekanntlich inzwischen auf eine weitere Urkundensicherung ausgedehnt worden. In erster Linie wird, wie erinnerlich, Frau Kriebel der Anstiftung zur Ermordung ihres Mannes, des Kaufmanns Richard Kriebel, beschuldigt, der am 4. Februar 1932 abends von dem Arbeiter Ottmar Vogacnik in der Haußlär des Grundstücks George-Bähr-Straße 4 erschossen wurde. Vogacnik ist vom Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Er hatte zunächst jede Münzverschaffung der Frau Kriebel bestritten, sie dann aber plötzlich belästigt und der Anstiftung beschuldigt.

Die weiteren Anklagepunkte, die auf gewinnlüstige Privatentfunderschaltung und verfluchten Betrug laufen, richten sich gegen Frau Kriebel und den Kaufmann Nowicki. In erster Linie sollen beide, um sich einen reichswidrigen Vermögensvorteil zu schaffen, einen Brief gefälscht haben, der angeblich von Kriebel an seinen Bruder geschrieben worden war. Dieser Brief enthielt einen Widerruf von finanziellen Verpflichtungen, die Kriebel gegenüber anderen Personen, der Familie Garda und dem Kaufmann Abe, eingegangen waren. Die Anklage behauptet, daß dieser Brief nachträglich von den Angeklagten in die Nachahmepapiere Kriebels eingeschmuggelt worden sei. Frau Kriebel und Nowicki sollen mit dem gefälschten Schriftstück das Ziel verfolgt haben, sich in den ungeschmälerten Besitz des Kriebel'schen Nachlasses zu setzen.

Im zweiten Falle werden beide Angeklagte beschuldigt, eine Quittung gefälscht zu haben, in der Kriebel angeblich den Empfang von 5000 Mark Darlehen, die seine Frau ihm gab, bestätigt, ihr 10 Prozent Zinsen zugesetzt und als Sicherheit das Zigarren Geschäft am Bismarckplatz überreignet.

Der Prozeß begann mit der Vernehmung der Angeklagten zur Person. Frau Kriebel machte dabei einen sehr gespannten Eindruck. Als Schriftsachverständiger ist am 1. Tage Prof. Dr. Kodel-Petzig anwesend. Um eine reibungslose Durchführung des Prozesses zu sichern, sind diesmal vorzugsweise ein Erfahrungsrichter und ein Ersatzgeschworener zugewiesen worden.

Die Vernehmung der Frau Kriebel erstreckt sich dann, wie schon im ersten Prozeß, auf ihre Jugendzeit, ihre Heirat und Heirat mit dem Kaufmann Kriebel und aus die wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Elternhaus, die deshalb eine Rolle spielen, weil Frau Kriebel gestellt macht, sie habe 5000 Mark mit in die Ehe gebracht. Diese 5000 Mark sollen im Zigarren Geschäft Verwendung gefunden haben und von Kriebel im Jahre 1925 an seine Frau zurückgegeben worden sein. Sie will diesen Vertrag ihrem Mann dann aber erneut zur Verfügung gestellt haben. Hierauf besteht sich auch die Quittung, die von den beiden Angeklagten später — nach der Behauptung der Anklage — gefälscht worden sein soll. Diese Fälschung wird von Frau Kriebel bestritten. Am übrigen zeigte sich während der ersten Stunden des Prozesses, daß Frau Kriebel nicht mehr die überlegene Stellung hat, die sie im ersten Prozeß auszeichnete.

Im Verlaufe der Prozeßverhandlung kamen ausführlich das Verhältnis der Eheleute Kriebel, die Vorgeschichte der Scheidung und das Verhältnis Kriebels zur Haustochter Johanna Garda zur Sprache. Frau Kriebel äußerte sich eingehend und gab in allem Wesentlichen die gleiche Darstellung wie im ersten Prozeß.

Die Verhandlung am Montag erstreckte sich um die übrigen auf die Erörterung der beiden anderen Anklagepunkte, die Bekanntheit der Frau Kriebel mit Vogacnik und die Vorgeschichte der Ermordung Kriebels. Frau Kriebel und Nowicki nahmen die gleiche Haltung ein wie vorher. Frau Kriebel bestreitet die Anstiftung Vogacnicks zur Ermordung ihres Mannes wie auch die Fälschung jenes angeblich von der Hand Kriebels stammenden Briefes.

Die Befragungen begannen heute Dienstag früh.

Dresdner Theaterdirektor half Eric Rotter.

* Berlin. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat, wie der Berliner "Börsen-Courier" meldet, neuen den Direktor Berch vom Dresdner Central-Theater ein Verfahren wegen Braunkohle-Aris Rotter bei seiner Flucht eingeleitet. Es hat sich herausgestellt, daß Eric Rotter, nachdem er in einem Mietsaus beheimlich von Berlin nach Dresden gekommen war, von dort mit dem Wagen und in Begleitung des Theaterdirektors Berch nach der Tschechoslowakei weitergefahrene ist, und zwar wohlweislich nicht über Hauptstraßenverkehr, bei Bobenbach, sondern über Kreischa-Moldau nach Teplitz zu. Von der Tschechoslowakei ist Berch mit seinem Wagen allein nach Dresden zurückgefahren, während Eric Rotter nach Riesenstein weiterreiste. Bei seiner gefährlichen Vernebmung hat der Dresdner Theaterdirektor behauptet, daß er damals von der Sache der Staatsanwaltschaft noch den Rotter schon etwas gewußt, sich also wesentlich der Befragung schuldig gemacht habe. Inzwischen ist diese Behauptung ertritten, nachdem die weitere Untersuchung ergaben. Auf jeden Fall muß Berch über die Fahrt nach dem Rotter durch Zeitungen hinreichend informiert gewesen sein, als er einige Tage später die Aussöderung erhielt, nach Buch zu einer Konferenz auf der Grenze zu kommen. Im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen nahm die Staatsanwaltschaft auch eine Ausschaltung bei dem Anwalt des Rotters vor, der gleichfalls im Verdacht stand, die Flucht seines Mandanten vorbereitet zu haben. Die Ausschaltung haben, soweit bis jetzt bekannt ist, noch keine Bekämpfung des Verdächtigen gebracht.

* Basel. Die Liechtensteiner Regierung bestätigt nunmehr, daß die Gebrüder Rotter seit einigen Tagen in der Hauptstadt des Fürstentums, in Vaduz, befinden. Es sei übrigens nicht richtig, daß die beiden jetzt erst die Liechtensteinische Staatsangehörigkeit erworben hätten. Dies sei vielmehr schon 1931 geschehen. Wegen Konkurrenzgründen ließ die Liechtensteiner niemanden aus. Ein offizielles Erlassen der deutschen Polizei oder Regierung, gegen die Gebrüder Rotter irgendwie vorzugehen, liege bis jetzt auch bei der Liechtensteinischen Regierung nicht vor.

Politische Schikane im Bonn.

* Bonn. Mehrere Nationalsozialisten wurden Montagabend aus der Toreinfahrt eines kommunistischen Spieleslokals bestohlen. Ein Nationalsozialist erhielt einen schweren Oberarmbeinbruch. Drei verdächtige Personen, die der KPD angehören, wurden festgenommen.



Wo der Gabel einzufützen ist?

Es wird heute viel gespart, und mancher im Geschäft hat sich schon "zugespart", weil er den Hebel nicht an der rechten Stelle ansetzen möchte. Es wäre vermessen, öffentlich Ratschläge geben zu wollen, wo jeder den Hebel ansetzen hätte. Aber an eine feststehende Tatsache sei erinnert:

Um die gütige Gönnerin zu danken

Daß ein Geschäftsmann nicht unbedingt sparen wollen. Sie ist sein Gesicht und soll seinen Ruf verbreiten und ihm Ehre machen. Wer zur Ausführung seiner Tiefarbeiten beauftragt, ist gut daran; denn wir helfen da, wo es nötig ist und geben vor allem jeder Druckseite, gleichgültig ob Briefbögen oder sonstigen Formularen, Prospekten, Katalogen oder Plakaten, eine Form und Aufmachung, die unbedingt zweckmäßig ist. Dafür sind wir gut eingerichtet und im technischen Können auf der Höhe. Das wir auch ausgeprägten Sinn für gute Gestaltung haben, liegt in unserem Berni, in dem wir es hauptsächlich mit der Gestaltung von werbenden Empfehlungen zu tun haben.

Druckerel des Niederrheinischen Tageblattes.



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

"Nun, Lorelin", meinte Herr Binder, lachend, "was sagen Sie nun dazu?"

Ein dankbares Lächeln ging über Lore von Hunius' schmalgewordenes Gesicht.

"Was ich dazu meine? Das Sie und Tante Maria für mich sorgen, als wären Sie meine Eltern. Wenn ich Sie nicht hätte, dann würde ich gar nicht, was ich beginnen sollte! Natürlich nehme ich mit tausend Freuden an. Hoffentlich erfüllt mich die Erwartungen, die Frau Stetten in mich setzt."

So war denn Lore von Hunius an einem grauen Herbsttag, der die Berge und Täler des fränkischen Landes in Nebelschleier hüllte, vom Karlsdorf abgereist. Leni Binder gab ihr das Geleit. Lore saß still und einsilbig im Wagen, und auch Leni schwieg. Sie glaubte zu fühlen, daß die ungewisse Zukunft mit den neuen Aufgaben ernst und etwas bedrückend vor Lore stand. Aber sie ahnte nicht, daß es etwas ganz anderes noch war, was Lore so still und betrübt machte.

Der Wagen war kaum eine Viertelstunde vom Karlsdorf entfernt, als sich die Nebel tiefer senkten und die Sicht hinwegnahmen. Es war für Lore wie ein Symbol. Alles war grau und undurchsichtig um sie herum. Wohin ihr Lebensweg führte, wer konnte es wissen? Sicher war nur das eine, daß alles Licht der Welt die Dunkelheit nicht würde bannen können, die seit dem plötzlichen Abschied jenes Mario Bernari in ihrem Herzen war.

In den Ateliers von Hollywood herrschte siebenhaftes Leben. Alle Firmen waren beim Drehen ihrer neuen Filmproduktion, und jede hütete angsthafte ihre Filmgeheimnisse vor den anderen. Allmorgendlich sah man die berühmtesten Filmstars der Welt mit ihren Autos aus den kleinen Bungalows kommen, die sie sich in der Nähe der Filmateliers eingerichtet hatten. Und die jungen Statistinnen, die für wenige Tage hier ihr lärgliches Brot fanden, starteten mit gierigen und sehnsüchtigen Augen den be-

Politische Zwischenfälle in Berlin.

Weitere Verleute.

* Berlin. An der Nacht zum Dienstag kam es in mehreren Stadtteilen Berlins zu politischen Zusammenstößen. Am Norden der Stadt wurde ein 17-jähriger NSDAP-Angehöriger mit einem Hüftschuß aufgefunden. In Charlottenburg entstand zwischen einem der KPD-anhörenden Chausseure und vier Nationalsozialisten ein Schlägerei, in dessen Verlauf der Kommunist einen Brüder verletzt. Drei der mutmaßlichen Täter wurden festgenommen. Ein Maurer wurde durch einen Brüder schwer verletzt.

Ein weiteres Opfer

Hamburg, 7. Februar. In einem Verkehrslokal der Nationalsozialisten in der Beyerstraße im Stadtteil St. Georg ereignete sich eine schwere Blutstot. Der Schlosserjunge Herbert Neubauer wurde beim Aufräumen der Toilette vom Hof aus durch das geöffnete Fenster von unbekannten Tätern erschossen.

Ein Todesopfer einer politischen Schikane.

Harburg-Wilhelmsburg. Ein 27-jähriger Arbeitervorleiter wurde, als er heute früh aus einem sozialdemokratischen Verkehrslokal kam, von drei Leuten durch einen Brüder getötet; sein Begleiter, gleichfalls ein Arbeitervorleiter, wurde durch einen Hüftschuß verletzt. Die Täter, die verhaftet wurden, sind, wie die Polizei mitteilt, drei Harburger Nationalsozialisten.

Kommunistische Versetzungszentrale für Süd-Westfalen ausgebunden.

Hagen. Wie wir hören, hat die Hagener Polizei am Sonntag eine seit langem gehütete von der KPD unterstützte geheime Versetzungszentrale hochverratener Anhalts ausgebunden. Es wurde außerordentlich wichtiges Schriftenmaterial in so großem Umfang beschlagnahmt, daß dessen Sichtung mehrere Tage beanspruchen wird. Die Höhleführer wurden festgenommen. Auf Anfrage bestätigt die Polizei im wesentlichen die Meldung; sie ist jedoch zur Zeit noch nicht in der Lage, Einzelheiten mitzuteilen.

Brandstiftung

die Ursache des "Atlantique"-Brandes?

* Paris. Der mit der Untersuchung des Brandunglücks auf dem französischen Transatlantiker "Atlantique" beauftragte Justizrat hat seine Arbeit beendet. Er kam dabei zu der Feststellung, daß Brandstiftung vorliegt. Die Anhaltspunkte, die den Verdacht zu dieser Ansicht gelangen ließen, sind verschieden Natur. Den Verdacht scheint jedoch die Tatsache gegeben zu haben, daß das Feuer in zwei völlig voneinander getrennten Kabinen ausbrach, und zwar in der zweiten Kabine gerade in dem Augenblick als die Beladung des ersten Raums fortgezogen wurde. Der Kapitän der "Atlantique" erklärte bei Bekanntwerden des Berichtes des Untersuchungsausschusses, er teilte diese Aufstellung vollkommen. So peinlich auch der Gedanke eines verbrecherischen Entschlages sei, so erkannte die Gewißheit wenigstens auf die Propaganda des Auslandes gegen die Einrichtungen französischer Schiffsbaus sei gerettet.

Gerichtssaal.

In der Nacht zum 8. August vorigen Jahres war in Knüppel bei Seidenberg der Reichsbannertrupp Hoffmann von Nationalsozialisten erschossen worden. Der Täter — es handelt sich vermutlich um den flüchtigen SA-Mann Wieland aus Lauban — konnte noch nicht ermittelt werden. Vor dem Görlicher Schwurgericht hatten sich jetzt der Arbeiter Otto Böttch aus Neu-Gablenz, der Klempner Max Schirmer aus Borna, der Landwirt Gerhard Seifert aus Borna und der Reichsbahnoberfachwärter i. R. Heinrich Küller aus Lauban wegen Wehrbezuw. Antifaschismus zum Tode zu verantworten. Sämtliche Angeklagte gehören der NSDAP an. Sie bestreiten, an der Tat direkt beteiligt gewesen zu sein. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagten frei mit der Begründung, daß der wahre Sachverhalt durch das Fehlen des Haupttäters Wieland nicht habe festgestellt werden können. Die Feststellungen reichten zu einer Verurteilung der Angeklagten nicht aus.

rühmten Frauen nach, die in den Filmateliers verschwanden.

Eine der bekanntesten Erscheinungen war Sonja Dötzsch und Mario Bernari, die soeben in Hollywood eingetroffen waren. Der Sekretär des Filmgestalters Mister Savion hatte für Sonja und Mario je ein reizendes Bungalow in einem weiten Garten gemietet, das mit allen erdenklichen Bequemlichkeiten ausgestattet war.

Mister Savion selbst residierte in seinem Schloß, in dem er auch Breitner eine Flucht von Gemächern zur Verfügung gestellt.

Breitner selbst war wenig erfreut gewesen, daß Sonja nicht gleich ihm in dem Schloß Mister Savions Wohnung genommen. Aber Sonja hatte sehr geschickt verstanden, sein Mißvergnügen zu beschwichtigen. Sie hatte ihm klar gemacht, daß sie unbedingt in aller nächster Nähe der Ateliers wohnen müsse, denn man durfte keine Minute Zeit verlieren, um den Film gedreht, kopiert, geschnitten und durch die Censur gebracht zu haben. Dann gingen erst die Verhandlungen mit den Filmverleihern in aller Welt los, ehe der Film öffentlich vorgeführt werden konnte. Aber noch einen anderen Grund schützte Sonja vor, um nicht allzuviel in Breitners Nähe sein zu müssen.

"Wenn wir in wenigen Wochen unsere Verlobung veröffentlichen, lieber Mag", so sagte sie, "dann ist es bei der bekannten Präludie Amerikas besser, wenn wir räumlich einiges getrennt wären. Außerdem hast du mich ja dann bald für immer", fügte sie hinzu, indem sie lässig mit ihrer schönen, schlanken Hand über Breitners Kopf strich.

Und so war denn alles so geblossen, wie es Sonja Dötzsch wollte. Breitner saß in Savions Schloß, indem Mario, nur durch eine Viertelstunde Parcours von ihm getrennt, sein Bungalow bezogen hatte.

Im übrigen sonnte Breitner in einem bernhauptigen Bett für Glücks und Liebe. Wer hier in Hollywood arbeitete, vom kleinsten Kompaß bis zum berühmten Star, war angespannt bis zum äußersten. Zeit war in Hollywood noch mehr Geld als im übrigen Amerika.

(Fortsetzung folgt.)